

Bezugspreis:

W erteljähr 21.— M., monat 7.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normalzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 23. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Die Räumung der neutralen Zone.

Eine deutsche Note.

Berlin, 22. April. In einer von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß infolge der bis zum 21. April durchgeführten Verminderung die Kopfstärke der Truppen in der 50-Kilometer-Zone die zulässige Zahl nicht mehr übersteigt, daß nur noch die Zahl der Verbände um 10% Infanteriebataillone und 10 Batterien überschritten ist. Die weitere Verminderung der Verbände ist im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig, da die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen in den stark bevölkerten, dicht beieinandergelegenen Ortschaften es besonders vorteilhaft erscheinen läßt, kleine Verbände zu verwenden. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung gebeten, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früheren Anträgen lediglich nach Köpfen bemessen werde. ...

Dem Vorsitzenden des internationalen Überwachungs-ausschusses für das Landgeet, General Koller, ist außerdem eine genaue Uebersicht der Truppenverbände in der 50-Kilometer-Zone übermittelt worden.

Berlin, 22. April. Die B. Z. V. erfährt, bekämpft es sich, daß dem Präsidenten der Friedenskommission eine Denkschrift übergeben worden ist, die sich mit der Stärke des und nach dem Friedensvertrage verbleibenden Heeres beschäftigt. Die Frage der Beibehaltung des Großen Generalstabes ist in dieser Denkschrift jedoch nicht berührt worden.

Reichsparteikonferenz.

Die Reichsparteikonferenz wird am 5. und 6. Mai in Berlin im Herrenhaus stattfinden.

Der Parteivorstand erwartet, daß alle Bezirke ihre Vertreter entsenden, so daß die Reichsparteikonferenz mit 180 bis 200 Delegierten aus dem ganzen Reich, mit Parteivorstand und Kontrollkommission, Parteiauschuß und 10 Delegierten der Reichstagsfraktion, zusammen etwa 250 bis 275 Teilnehmer, ein klares Bild der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ein berufenes Organ zum Ausdruck ihrer Wünsche und Forderungen sein wird.

Das Referat über den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl“ hat Genosse Philipp Scheidemann.

Neue Meuterei der Ehrhardt-Leute.

Eine Erklärung Gehlers.

In der Nationalversammlung hat gestern der Reichswehrminister Gehler die aufsehenerregende Mitteilung gemacht, daß eine Abordnung der Marinebrigade aus Munster bei ihm war und unter Drohungen die Zurücknahme des Haftbefehls gegen Kapitän Ehrhardt und seine Befassung an der Spitze der Truppe forderte.

Der Minister fügte dieser Mitteilung hinzu, er hoffe, daß der Haftbefehl gegen Ehrhardt inzwischen ausgeführt worden sei.

Von der Verwirklichung dieser Hoffnung ist uns zur Stunde leider noch nichts bekannt. Aber auch die Abordnung, die mit Drohungen an den Reichswehrminister herantrat und auf diese Weise einen gewaltsamen Eingriff in die Disziplin und die Rechtspflege versuchte, scheint nach den Mitteilungen des Herrn Reichswehrministers nicht verhaftet worden zu sein. Es scheint, daß diese meuterische Abordnung ebenso ungefährdet im Reichswehrministerium aus- und eingehen kann, wie bis vor kurzem wenigstens ihr Meutererkapitän selbst.

Der Zustand der Hilflosigkeit, in dem sich der Reichswehrminister befindet, bietet der Welt ein unerhörtes Schauspiel. Was gedenkt der Minister zu tun, um diesen für ihn, für die Regierung und das ganze Volk unwürdigen Zustand zu beseitigen?

Für Zuziehung Deutschlands in San Remo.

Ein englisch-italienischer Vorschlag.

Paris, 22. April. (W.Z.) Die der Sonderberichterstatter des „Mail“ meldet, haben Ritti und Lloyd George Millerand den Gedanken nahegelegt, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Konferenz von San Remo einzuladen. ...

Um die Türkei.

Die Spannung mit Amerika.

San Remo, 22. April. Der Oberste Rat fuhr heute in der Prüfung des Friedensvertrages mit der Türkei fort. Er regelte die Grenzen des neuen Reiches, ohne aber die abgetrennten Gebiete zu verteilen, wie dies schon gegenüber den anderen feindlichen Mächten getan wurde.

Paris, 22. April. Wie die „Times“ aus New York meldet, hat die Weigerung der Konferenz von San Remo, die von Wilson gegenüber der Türkei vorgeschlagene Politik anzunehmen, Wilson zur Veröffentlichung einer Erklärung veranlaßt, in der der Präsident betont, er beachtliche, von jetzt an seine Ansichten den alliierten Mächten so lange nicht kundzugeben, bis der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe.

Genoa meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschafter in Rom aufgefordert, an der Konferenz von San Remo teilzunehmen, ohne sich jedoch an der Debatte zu beteiligen.

Die Geheimverträge.

London, 22. April. Bei Besprechung des Friedensvertrages zwischen Oesterreich und Italien im Oberhause sagte Lord Rother, es sei den Abmachungen, die beim Eintritt Italiens in den Krieg seinerzeit abgeschlossen wurden, zuzuschreiben, wenn nicht unerhebliche deutschösterreichische Elemente unter italienische Herrschaft gekommen seien. ...

Untersuchung der Kieler Vorgänge.

Kein kompromittierter Offizier darf wieder eingestellt werden.

Berlin, 24. April. (W.Z.) Im Reichswehrministerium fand heute unter Vorsitz des Reichswehrministers und in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs sowie des stellvertretenden Chefs der Admiralität eine Besprechung statt mit den Vertretern der Marinebehörden von Kiel und Wilhelmshaven, ferner der oldenburgischen Regierung und mit dem derzeitigen Zivilgouverneur von Kiel. ...

Es herrscht indessen auch darin Uebereinstimmung, daß kein durch die Ereignisse kompromittierter Offizier zum Dienst wieder zugelassen werden darf. Die Untersuchung der Vorkommnisse in der Marine wird durch das Untersuchungsamt des Wehrministeriums mit großer Beschleunigung und nur durch dieses durchgeführt. ...

Der Bürgermeister von Kiel, Dr. Lindemann, der in den Putzfragen die Interessen der Kapp-Regierung in Kiel vertrat, wurde in Hamburg verhaftet.

Der holländische Kredit.

200 Millionen Gulden.

Haag, 22. April. (Korrespondenzbureau.) In der Zweiten Kammer ist eine Denkschrift der Minister für Finanzen, Landwirtschaft und auswärtige Angelegenheiten, betreffend das mit der deutschen Regierung geschlossene Abkommen über Gewährung eines Kredites von höchstens 200 Millionen Gulden und Verpflegung Hollands mit Getreide und ähnlichen Erzeugnissen eingegangen.

Helfferich auf hohem Pferd.

In Hannover ist Herr Helfferich, der es offenbar nicht vertragen kann, daß durch den Kapp-Putsch die Öffentlichkeit so lange von der Betrachtung seiner Unschicklichkeit abgelenkt worden ist, mit einer großen Programmrede an die Öffentlichkeit getreten, der sein Leibblatt, die „Post“, trotz allen Papiermangels drei volle Zeitungsseiten widmet. ...

Herr Helfferich suchte der üblen Lage, in welche seine Partei durch den Kapp-Putsch geraten ist, dadurch zu entgehen, daß er von vornherein mit der hochmütigen Miene des Anklägers auftrat, was ja sein Spezialberuf ist. Die Haltung der Deutschnationalen in den Kapp-Tagen will er vergetten zu machen suchen, indem er eine neue, stark auf die Lachmuskeln wirkende Theorie aufstellte: Der Militärputsch sei durch die Deutschnationale Volkspartei vorbereitet worden! ...

Es ist schmer, dieser dreisten Behauptung gegenüber ernst zu bleiben. Auch der Dummste weiß, daß die Deutschnationalen sich bedenkenlos Kapp an den Hals geworfen hätten, sofern es diesem gegläückt wäre, den Widerstand des Volkes gegen die Militärrevolte niederzuwerfen. Die vorsichtig abwartende Haltung eines Teils der Deutschnationalen, aber auch nur eines Teils — es sei erinnert an die jubelnd-stürmischen Zustimmungskundgebungen der ostpreussischen und mittelschlesischen Deutschnationalen — ist lediglich darauf zurückzuführen, daß diese Leute dem Erfolg des Abenteuers mißtrauten. ...

Das zeigt schon die ganze Art, wie Herr Helfferich auch jetzt noch über die verbrecherischen Taten der Putschleute schonend den Mantel seiner starken christlichen Nächstenliebe breitet. Was habe denn Kapp gemacht? Er habe sich nur auf den Boden der Verfassung gestellt und diese gegen die Regierung geschützt! Wirklich, ein idealer Verfassungsschützer, der mit 5000 Schwerbewaffneten in Berlin einzieht, die Regierung für abgesetzt, die Nationalversammlung für aufgelöst erklärt, der den Befehl gibt, jeden Streifenposten und jeden, der gegen ihn redet, an die Wand zu stellen, der nicht nur sämtliche Zeitungen verbietet, sondern auch noch anordnet, vandalisch die Druckereien zu zerstören, in denen ihm mißgefällige Sachen gedruckt werden. ...

Doch derselbe Helfferich, der beurteilt, daß man nicht sich mit den Rebellen auf gütlichem Wege geeinigt habe, wodurch die Regierung zeitweilig der Sklave der Rebellen geblieben wäre, erhebt die heftigsten Anklagen, daß die Regierung das Fieselerder Abkommen mit den bewaffneten Arbeitern des Ruhrgebiets geschlossen und sie wie eine anerkannte kriegerische Macht behandelt habe. Seltsamer Widerspruch! Den meinedigen Lüttwisch sollte die Regierung als gleichberechtigte kriegsführende Macht anerkennen, aber die durch die Lüttwischsche Rebellion ausgelöste Gegenbewegung, an der zum größten Teil wirkliche Schützer der Verfassung beteiligt waren, die sollte ohne den Versuch einer friedlichen Lösung sofort im Blute erstickt werden. ...

Alles Unglück rührt nach Herrn Helfferich natürlich von der Revolution her. Von seiner Schuld an der Kriegsverlängerung weiß er nichts. Er erinnert sich auch nicht des Mannes, der 1915 den U-Boot-Krieg auf das schärfste bekämpfte und 1917 zu ihm aufschickte, indem er „nachwies“, daß der U-Boot-Krieg in sechs Monaten zur Niederwerfung Englands führen würde. Der Mann hieß Helfferich. Vor wenigen Tagen hat Graf Bernstorff vor dem Untersuchungsausschuß nochmals betont, daß seiner festen Ueberzeugung nach die Wilsonsche Friedensvermittlung Anfang 1917 zu einem erträglichen Verständigungsfrieden hätte führen können. ...

Und auf derselben Höhe steht Helfferichs Geschichtsdarstellung, wenn er der Regierung Max von Baden-Scheidemann

zum Vorwurf macht, daß sie ihr Regime mit einem „Giffers an Wilson“ begonnen habe, anstatt mit einem Appell an die (nach Helfferich) ungebrochenen Kräfte des deutschen Volkes. Von wem ging denn die Forderung aus, daß innerhalb 24 Stunden ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot unter allen Umständen in die Welt gesetzt werden müsse? Der Mann, der nicht einmal die Umbildung der Regierung abwarten wollte, sondern klammern verlangte, daß sofort und ohne jede Verzögerung das Friedensangebot herausmüsse, war der intime Freund und politische Bundesgenosse Helfferichs. Sein Name ist Ludendorff. Herr Helfferich möge in den Erinnerungen des Grafen Serling nachlesen, wie Ludendorff unangemeldet zum Kaiser hineinstürzte und schroff erklärte, nicht länger warten zu können. Er möge in den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden nachlesen, wie dieser sich gegen das Verlangen Ludendorffs sträubte, weil er ein so hemmungsloses Verlangen nach sofortigem Frieden als politisch katastrophal ansah, weil er wußte, daß dies die Kapitulation bedeute. Max von Baden wollte erst ein politisches Regierungsprogramm entwickeln und dessen Wirkung auf das Ausland abwarten. Aber Ludendorff war es, der schrie: Sofort Frieden, sonst könne er für nichts garantieren.

Natürlich redet Helfferich auch über den Valutakomplex, über den er keine Worte verlieren will. Er hätte doch in diesem Zusammenhang sich schon ein paar Worte über einen Berliner Millionär leisten können, der seine Villa in der Sigi-Strasse unter Ausnutzung des niedrigen Valutastandes an einen holländischen Margarinefabrikanten verkauft hat. Kennt Herr Helfferich diesen Mann?

Um des rechnerischen Erfolges willen bestrebt sich Herr Helfferich auch ein wenig anti-militärisch, was gerade ihm besonders gut steht. Auf den Erfolg konnte er stolz sein. Sowie er den Namen irgendeines politischen Gegners nannte, mochte es der deutsche Minister-Maher-Kaufmann oder der russische Diktator Lenin sein, erscholl aus seinem Auditorium prompt der Zwischenruf: „Jude“ und Herr Helfferich mußte dann mit sauer-süßer Miene berichten, daß dies nun gerade kein Jude sei.

Auch sonst mochte ihm manchmal etwas schül zu Mute werden, wenn er kaum mit großer Mühe den friedlichen und legalen Charakter der Deutschnationalen Partei nachgewiesen zu haben glaubte, und dann bei der nächsten Nennung der Regierung der freundliche Zuruf „Aufhängen!“ ertönte. Herr Helfferich möchte die Rechtsboldschweigen gern von seinen Hochschülern abschütteln, aber sie heften sich an seine Sohlen, sie sind, um mit Seine zu reden — die Tat von seinen Gedanken.

Secktsche Säuberung.

Wie er sie auffaßt.

WV. meldet: Auch der Hauptmann Schön vom persönlichen Stab des Reichswehrministeriums ist, wie der Major von Gilsa, beurlaubt worden. Wie wir erfahren, stehen weitere Personaländerungen in der Heeresleitung, sowie auch in den Personalämtern bevor. Der persönliche Stab des Reichswehrministeriums soll ganz aufgehoben werden, da man von dem Gedanken ausgeht, daß der persönliche Stab nur eine Wiederholung des Reichswehrministeriums sei und als solcher durch die Verkleinerung des Heeres überflüssig werde, inwieweit diese Differenzen sollen bei der Beurteilung nicht mitspielen. Beide Offiziere haben lediglich einen längeren Urlaub beantragt, um sich zu erholen. Major v. Gilsa will sich nach Oberbayern begeben und auf Wunsch des Reichspräsidenten später einen Posten in der Reichswehr übernehmen.

Soweit die Meldung des WV. Ihrem ganzen Stil merkt man bereits das militärische Vertuschungs- und Bemäntelungssystem an. Ueber die Notwendigkeit des persönlichen Stabs mag man denken wie man will: im Augenblick führt die Beseitigung der wenigen zuverlässig verfassungstreuen Offiziere aus der Umgebung des Reichswehrministers nur zu dessen weiterer Einkapselung. So

Im Ruhrgebiet.

Reisebilder von Artur Zidler.

Der D-Bug gleitet durch die Nacht, im Federn gedämpft, schlagen melodisch die Räder. Ich habe das Licht abgeblendet und starre in die Dunkelheit. Nostalgische Vogelampelnlicht best leuchtend lang ins Abteil. Winden. Jetzt bin ich wieder auf roter Erde. Bald werde ich die Feuer flammen sehen, rote Glut in düsteren Burgern der Arbeit, werde die Sirenen heulen hören und die Seilräder werden wie das ewige Schicksal tanzen.

Wie einst... Ich bin noch so jung und es ist doch schon so lange her. Vor sieben Jahren. Tage und Nächte vor den Ofen, Leben zwischen Schlaf und Arbeitsqual. Wir schanzten und schwigten und froren. Aber wir waren jung und trotzig und glaubten an den Tag, der bald kommen mußte. Matag der Menschwerdung aller Menschen. Dann sollten frei die Feuer wehen und Brot sollte für alle da sein...

Da kam der Krieg. Wir sind anders geworden und nicht besser. Wir denken aneinander vorbei. Alles verstrickt sich in unheiliger Verwirrung. Wir denken durch Gewehrläufe. Es ist noch lange hin, bis wir durch Freiheit glücklich werden.

Es wird Morgen. Das schöne westfälische Land im ersten Frühling. Arbeiter wandern auf schwarzen Straßen den Felsen zu. An den Wästen ziehen die Seilwagen über die Felsen. Langsam wie einst. Aus den Schornsteinen bläst der Rauch. Dünner als einst. Deutschlands Lunge atmet schwächer.

Hamm. Drüben, ganz im Grün, liegt ein Friedhof. In einer Ecke braunaufgefuchst wie ein frischer Aker ein Massengrab. Die Holzkreuze noch frisch. Die Opfer des Bürgerkriegs. Vergleute mit harten Händen. Reichswehrsoldaten, junge Bauernburschen aus Oberfranken oder dem Allgäu. Am Bahnhof Stahlhelme mit Hornbrillen drunter: zeitfreiwillige Studenten.

Strahnenbadfahrt nach Hörde.

Kampfwagen der Spilleute fahren spazieren. „Wer an den Wagen herantritt, wird erschossen!“ Und der unvermeidliche Totenkopf, Soldatentrupp führen Versäufelte. Eine Frau, ein Mädchen, ein Kind und zwei Männer, die mit erhobenen Händen marschieren müssen. Zwei Arbeiter auf dem Wagen fluchen vor sich hin. Eine Frau sagt: „Das ist doch nicht nötig, wohl!“

Ruhr sehe ich auch schon die Hochöfen der „Phönix“, wo ich vor sieben Jahren geschafft hatte. Ich gehe die Hochöfenstraße entlang nach der Kolonie Felicitas. Trete durch das kleine Gärtchen in das Haus meiner Wirkleute von damals. Ob sie mich noch kennen werden?

Vor mir steht die Frau. Sie lächelt: „Kief mal an, der Artur!“ Die ältesten Kinder kennen mich auch noch. Der Wirt ist noch nicht lang von der Schicht heim, aber wir wollen ganz ein Stück

sehr wir den Kurs des Herrn von Gilsa bekämpft haben und noch bekämpfen — diese Entfernung geschieht nur zu dem Zweck, um noch weit schädlicheren Einflüssen die Tür zu öffnen. Die Behauptung, daß persönliche Differenzen bei der Entfernung Gilsa und Hahn nicht mitspielen, erklären wir nach unserer Kenntnis der Dinge schlankwegs als eine Unwahrheit. Herr von Seckts macht die Bahn frei für seine unumchränkte Kleinherrenschaft. Wohin sie führen wird, ist noch nicht abzusehen. Aber wir warnen, warnen dringend!

Nicht notwendiger als die Auflösung des persönlichen Stabs erscheint uns übrigens die Beseitigung gewisser Nachrichten-Abteilungen im Reichswehrministerium, die ganz unkontrolliert auf eigene Faust Politik treiben.

Schlupfwinkel der Reaktion.

Wie dringend erforderlich es ist, die gründliche „Reinigung“ nicht nur im Reichswehrministerium, sondern auch in den dem Kultusministerium unterstehenden Verwaltungsbehörden vorzunehmen, beweist folgende Tatsache, um deren Veröffentlichung wir gebeten werden.

In einem wissenschaftlichen Institut in Dahlem hatten dort beschäufte Arbeiter die Entdeckung gemacht, daß in einem Keller unter Treibern verstreut 15 Gewehre aufbewahrt wurden. Der Keller gehört zu einer Abteilung, dessen Vorsteher am 18. März d. J. „aufatmete“ und wie auch ein anderer höherer Beamter seiner Abteilung diejenigen Arbeiter mit Entlassung bedrohte, die sich am Generalstreik beteiligen wollten. Der Betriebsrat hielt sich für berechtigt und verpflichtet, die Direktion zu veranlassen, die Waffen zu entfernen; gleichzeitig aber auch Sicherheit zu verlangen, daß dieselben nur an solche Stellen abgeliefert werden, die zum Empfang berechtigt sei. Natürlich wurde dieses Ereignis wieder zu einem Vorstoß gegen den Betriebsrat seitens der Direktion benutzt, die sich mit solchen „revolutionären“ Einrichtungen nicht abfinden kann. Es kam daher zum Ausdruck, daß der Betriebsrat zu seinem Vorgehen nicht berechtigt sei. Infolgedessen hat er auch weiter keine Kenntnis über den Verbleib der ganzen Angelegenheit erhalten. Es konnte nur noch festgestellt werden, daß in einer anderen Abteilung des Institutes weitere 10 Gewehre und ca. 1200 Patronen entdeckt wurden, von denen der hier in Frage kommende Abteilungsvorsteher keine Kenntnis hatte. Sämtliche Waffen und Munition sind am 16. d. Mts. von einem Leutnant Jellin der Einwohnerwehr in Dahlem abgeholt worden, der durch sein überaus „forisches“ Auftreten einen nicht gerade angenehmen Eindruck hinterlassen hat. Hinterlassen hat er das Abholen eines Maschinengewehrs, das sich einige Häuser weiter in der Villa desjenigen Abteilungsvorstehers befindet, der die erwähnten Gewehre beschafft und in Verwahrung hatte.

Ob nun endlich Herr Jaenicke, der bei wiederholten Beschwerden diese Leute immer wieder in Schutz genommen hat, endlich einmal zum Besen greifen wird?

Der Fall zeigt, daß die bewaffnete Reaktion immer noch ihre Schlupfwinkel findet, in denen sie untertauchen vermag. Es ist höchste Zeit, daß hiermit gründlich ausgeräumt wird. Im übrigen ist in vorliegendem Falle nicht nur das Kultusministerium als vorgelegte Behörde jenes Institutes, sondern auch der Reichswehrminister als höchster Vorgesetzter des Leutnants Jellin, dessen Verhalten mehr als eigenartig berätet, zum energischen Einschreiten verpflichtet.

Kapps Flugschiebung.

Ausweis nach Hamburg.

Wie es möglich war, daß die Flugpolizei in Johannisthal das Flugzeug der „Deutschen Luftreederei“ mit dem ehemaligen Luftführer Kapp als Ladung fahren ließ, wird folgendermaßen erklärt:

Am 10. 4., vormittags um 11.40 Uhr, wurde von der Flugkontrolle Johannisthal einem Apparat der Deutschen Luftreederei Startlaubnis nach Hamburg gegeben. Die deutsche Flugkontrolle gibt die Genehmigung zum Fluge im Auftrage des Ministeriums des Innern durch Beamte der Sicherheitspolizei aus. Die Beamten haben entsprechend den Anweisungen, nach denen die Beaufsichtigung lediglich auf fahrtechnische Beobachtungen sich zu erstrecken hat, die Kontrolle ausgeführt. Da die Maschine in allen Punkten entsprechend den Vorschriften ausgearbeitet war, und da die von der Deutschen Luftreederei angestellten Fahrtausweise

des Führers und Begleiters in Ordnung waren, fand dem Flug nichts entgegen. In einer Kontrolle der Personalausweise und der Pässe ist nur die Kontrolle bei solchen Maschinen berechtigt, die für das Ausland bestimmt sind. Auf dem Fahrtausweis war jedoch von der Deutschen Luftreederei ausdrücklich das Endziel Hamburg angegeben.

Wir sind erstaunt, daß die Flugpolizei nicht mit dem Bild des flüchtigen Kapp versehen war. Uebrigens konnte am 10. April jeder Leser illustrierter Zeitungen den Kapp schon kennen, ganz abgesehen davon, daß dieses Korpsstudentengesicht schon im Kriege viel abgebildet worden war, einmal als Besatzmann von dem Piraten der öffentlichen Meinung sprach und ihn der Beamtenstellung entsetzte, dann, als Kapp die Vaterlandspartei gründete.

Uebrigens wird doch wohl in Johannisthal nur ein amtlicher Reiseausweis respektiert werden. Welche Fälscher hat ihn angefertigt?

Die sächsische Regierungskrise.

Rücktritt des Kabinetts Gradnauer.

Dresden, 22. April. Die Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer bestätigt sich. Mit dem Ministerpräsidenten wird verfassungsmäßig das gesamte Kabinett zurücktreten. Es darf als sicher angenommen werden, daß das neue Kabinett wiederum ein Koalitionskabinett sein wird. Der zurückgetretene Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird bis zur Neuwahl seines Nachfolgers und Bildung des neuen Ministeriums die Amtsgeschäfte fortführen.

Dresden, 22. April. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ueber die Gründe seines Rücktritts befragt, erklärte der sächsische Ministerpräsident Genosse Dr. Gradnauer unserem Berichtserstatter:

Ich habe bereits seit längerer Zeit die Absicht gehabt, wegen meines durch Ueberarbeitung sehr erschütterten Gesundheitszustandes zurückzutreten.

Seit einiger Zeit sind innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ziemlich lebhaft und abspärende Urteile in einigen Fragen über die Politik der Regierung geäußert worden. Es bezieht sich das hauptsächlich auf die Frage der Demokratisierung der Verwaltung. Diese Meinungsverschiedenheiten sind nach meiner Ansicht nicht übermäßig groß und sie wüßten wohl zu überbrücken. Dazu aber wäre es notwendig, innerhalb der Parteiorganisation eine sehr umfassende Aufklärungsarbeit zu betreiben, und zu dieser Arbeit bin ich gegenwärtig körperlich nicht imstande. Es fehlt mir und den andern sozialdemokratischen Ministern die Möglichkeit, mit den Massen der Parteigenossen diejenige Führung zu haben, die notwendig wäre, um ihnen die Wichtigkeit unserer Politik in jeder Beziehung klar zu legen. Daraus haben sich diese Schwierigkeiten ergeben, zu deren Ueberwindung ich gegenwärtig wegen meines Gesundheitszustandes nicht beitragen kann.

Auf die Frage nach der Möglichkeit der Rückkehr, daß in Sachsen die Bildung einer rein sozialistischen Regierung versucht werde, antwortete Genosse Gradnauer: Die Versuche, mit den Unabhängigen zusammen eine Regierung zu bilden, werden in der sozialdemokratischen Fraktion von vornherein als nicht aussichtsvoll angesehen, und zwar deswegen, weil wir wissen, daß die Unabhängigen keine Reigung haben, in die Regierung einzutreten, und daß sie auf Forderungen bestehen, die wiederum für die Reichstagssozialdemokratie unannehmbar sind.

Es ist also mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß eine neue Koalitionregierung weiterarbeiten wird, die sich aus Sozialdemokraten und Demokraten zusammensetzt. Benignität ist zur Stunde ein anderer Weg in Sachsen nicht zu sehen.

Schließlich erklärte Genosse Dr. Gradnauer, die Angaben der Reichspresse, wonach sein Rücktritt mit den Vorgängen im Baglands zusammenhänge, für vollkommen unzutreffend. Die sächsische Regierung hat in dieser Sache keinerlei Verzögerungen eintreten lassen, sondern lediglich aus militärischen Gründen ist es nicht eher möglich gewesen, die Angelegenheit zu ordnen. Der Rücktritt der Regierung hat aber damit gar nichts zu tun.

spazieren gehen. „Was sagst du tou Spartakus.“ Was soll man da sagen? Wir gehen durch den Abend. Das Welt tost und faucht, glüht mit hundert Lichtern und wirft seinen Feueratem in die fernenvolle Nacht.

Der Bergmann ist tot und jener ist tot. Der ist auch gefallen und der hat nur noch ein Bein. Arbeit und Hunger, Lob, Krieg, Revolution und wenig Freude. Nur die Kinder...

Im Vergessenen Land. Hagen. Am Bahnhof zwei Mann der Arbeiterwehr. Sonst ein seit Jahren ungewohnter Anblick: keine Soldaten. In Varmen sehe ich sechs bewaffnete Arbeiter vom Ordnungsausschuß. Freundliche ältere Leute.

„Ich möchte zur Roten Armee.“ „Dann geh zum Kleinen Werth 9, da ist sie.“

Ich gehe zum Kleinen Werth 9. Da ist das Bureau des Zentralrats, der am gleichen Tage noch aufgelöst wurde. Im Wohnzimmer finde ich die Rote Armee. Die Männer sind ausnahmslos ohne Hemd, welche haben Stroh um die Beine gewunden. Hosen zerrissen und Fäden entzwei. Hunger haben sie alle miteinander. Und warten. Trinken distiert einer.

Das Proletariat wird die Ketten, die ihm von neuem angelegt werden... angelegt werden... Komma... zerreißen... Punkt.

Einer schaut verzweifelt vom Fenster her. „Quatsch!“

Sie warten und starren vor sich hin.

Münster. Sitz des Reichswehrkommandos v. Watter. Stahlhelme mit Hornbrillen drunter. Am Bahnhof sären zwei Plakate riesigen Umfangs den verdatterten Bürger an: Der Antichrist ist da! Wirst du, daß deine Frau und deine Kinder... du... und dein Eigentum... lulu... so tretet, Hannoveraner, Lipper, Westfalen sofort in das Zeitfreiwilligenbataillon...

Münster ist ein altes Dunkelnest. Die dortige Zentrumspresse ist dreimal so reaktionär wie Kapp. Und schwindeln kann sie o heiliger Ignatius von Loyola! Da hebt an der Spitze eines solchen Papiers: Neuaufmarsch der Roten Armee im Vergessenen Land. 85000 Mann unter Waffen.

Ich muß an das Wohnzimmer des Barmer Zentralrats denken. Dann lese ich weiter, daß der Oberst von Baumbach in Essen erklärt hat, wenn er das Ständrecht nicht bekommt, geht er nach Hause und überläßt es der Regierung, Ruhe und Ordnung...

Ja, ja, der Volkswindismus.

Wieder im Berl. Im Schein glühender Stahlblöcke treten schief die Konturen der Balken herpor. Die ergene Cyclopeden stehen die Säulen und spielen mit Krankeiten wie mit Schmutzgebäuden. Dampf rollen die Walzen, donnernden Fluch brüllt das Eisen. Schlangengleich bäumen glühende Schienen über die Wolgenstrahlen, und Männer stehen und springen mit Jangen und Stangen, im Schweige glänzen ihre Gesichter.

Heilige Arbeit! Heilige Arbeit!

Ferdinand Bonn Ordenwallen. Der „Simplizissimus“ hatte am 4. November unter der Ueberschrift „Künstlers Ordenwallen“ und mit den erläuternden Worten: „Ferdinand Bonn, Kaiser Wilhelms Beibling, wechselt den Standort“ eine Zeichnung Gulbranssons veröffentlicht, die Ferdinand Bonn darstellt, wie er auf einem gewissen, mit einer Krone verzierten Körperstück kriecht, um einen ebensolchen mit einer Kokoniermütze geschmückten aufzusuchen. Das Münchener Schöffengericht verurteilte Peter Scher, den verantwortlichen Redakteur, und Gulbranssons zu einer Geldstrafe von 800 M. — Das gute Bild kann's tragen.

Amundsens Nordpolfahrt gescheitert? Aus neulich eingetroffenen Nachrichten ergab sich, daß Roald Amundsens Blume zum Nordpol vorzudringen, bisher die großen Schwierigkeiten, die sich solchen Unternehmen in den Weg stellen, nicht überwinden konnte. Der Reisende lag im nördlichsten Sibirien fest. Jetzt kommt eine neue Meldung, die in der Tat ganz danach aussieht, daß das Unternehmen gescheitert ist. Aus Washington ist folgendes Telegramm in Antwerpen eingegangen: „Wir trafen Ende Juli in Rom in Alaska ein. Roald Amundsens.“ Fridtjof Nansen gibt diesem Telegramm folgenden Kommentar: „Entweder hat Amundsens den Versuch ausgegeben, den Nordpol zu erreichen, oder aber er will seinen Proviant und seine Ausrüstung ergänzen und darauf von Point-Barrow abwandern. Ich verstehe nicht, warum Amundsens nicht mitteilt, was er benötigt; eine Sendung von New York aus würde ihm erreichen können.“

Dieser Kommentar Nansens atmet unverkennbar Unzufriedenheit über Amundsens infamische Politik. Diese hätte auch, darf man annehmen, sicher anders gelautet, wenn der Polarforscher den Mut, seine Wanderung in die Eiswüste fortzusetzen, nicht verloren hätte.

Der Künstlertag, den die Allgemeine deutsche Kunstgenossenschaft auf gestern ins Herrenhaus berufen hatte, begann mit einer Rede des Abgeordneten Dr. Weisner, die vor allem ein Protest gegen eine Luxussteuer auf Kunstwerke war. Weisner begründete die Berufung zweier Vertreter der bildenden Kunst in das Reichstagsparlament. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Architekten, Professor Straumer, legte die Regierung an, daß sie in kunstgewerblichen Fragen ergründete Fachmänner hinzuzuziehen abgesehen habe. Der Tagung wurde eine Resolution vorgelegt, in der die Künstler sich verwarfen gegen ihre „fortschreitende Hintansetzung und Entwertung in allen die bildende Kunst angehenden öffentlichen Fragen“, die Justifizierung „gefährdeter Stellung und Einflußnahme in Gesetzgebung und Staatsleben“ fordern und Einspruch erheben, daß „Gesetze und Verordnungen ergeben, Einrichtungen und Kehler geschaffen werden, ohne daß die Künstler gehört worden sind“.

„Das Feld“ ist die Ausstellung genannt, die von der vor einem Jahre gegründeten Produktionsgenossenschaft bildender Künstler am 25. April, vorm. 11 Uhr, im großen Saal des Reichstags eröffnet wird. Säkularausstellung und Schulgenossenschaft. Ueber dieses Thema spricht am 29. April, abends 8 Uhr, Oberstmatr. H. v. d. L. im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Volkshaus Str. 130. Gäste willkommen. Dramatische Vorlesung. Der Dramaturg der Volkshäuser Dr. Claudius tritt am 29. April, abends 8 Uhr, das Drama „Rechtlos Tochter“ von Ina Diekmann im Deutschen Schauspielhaus vor.

Annahme der Wahlgeseze.

Die Nationalversammlung erledigte am Donnerstag zunächst den Antrag des Wohnungsausschusses auf

Errichtung von Bergmannswohnungen.

Abg. Mumm (Dnat.): In der Wohnungsfrage muß der Erzbergbau dem Kohlenbergbau gleichgestellt werden.

Abg. Osterroth (Sog.): Nicht das Reich soll die Kosten der Wohnungen tragen, sondern die Gelder müssen aus den Auslandsüberschüssen entnommen werden. Der Redner beantragt, diese Wohnungsfürsorge auch auf den Kalibergbau auszudehnen, wo 4000 Wohnungen fehlen.

Reichsbauminister Schlieke: Da die Ausführung dieser Wünsche auf große Schwierigkeiten stößt, können wir froh sein, wenn wir für den Kohlenbergbau die nötigen Wohnungen herstellen.

Abg. Mumm (Dnat.): Es geht nicht an, daß man uns jetzt auf einmal mit solchen Anträgen überfällt.

Abg. Henke (U. S.) stimmt den Anträgen zu.

Abg. Winnefeld (D. Sp.): Für die Wohnungen im Erzbergbau könnte auch ein Teil der Kohlensteuer verwendet werden. Die Anträge der Sozialdemokraten sind bedenklich.

Mit schwacher Mehrheit beschließt dann das Haus, daß die Wohnungsfürsorge auch auf den Kalibergbau ausgedehnt und die Mittel aus den Auslandsüberschüssen entnommen werden sollen.

Das Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel geht an den Wohnungsausschuh.

Das Reichswahlgesetz.

(Zweite Lesung.)

Es wird auf je 80 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter gewählt. Die Wahlkreise bedecken sich in den meisten Fällen mit den bisherigen, die geographisch oder geschichtlich zusammengehörenden sind zu Wahlkreisen zusammengefaßt. Innerhalb derselben können Vorläufe für verbunden erklärt werden, sofern sie sich derselben Reichswahlkreise zurechnen. Ueberschüssige Stimmen aus den Wahlkreisen werden bei Listenverbindung im Wahlkreisverband derjenigen Liste zugewiesen, die die meisten überzähligen Stimmen hat. Alle weiteren Reste gehen auf die Reichsliste. Hat eine Liste innerhalb eines Wahlkreisverbandes in keinem Wahlkreis 50 000 Stimmen erzielt, so kann dieser auch infolge der Listenverbindung kein einzelner Abgeordneter zugeteilt werden. Die Stimmen gehen vielmehr auf die Reichsliste. Auf Grund der Reichsliste aber darf keine Gruppe mehr Sitze zugeteilt erhalten, als sie insgesamt in den einzelnen Wahlkreisen erhalten hat. Dadurch wird verhindert, daß kleine Gruppen, die nirgends im Reich eine größere Zahl von Anhängern verfügen, in den Reichstag kommen.

Reichsminister des Innern Koch: Es ist als großer Fortschritt zu betrachten, daß jeder Abgeordnete, der 80 000 Stimmen erhält, sofort gewählt ist. Es ist angeregt worden, die Zahl der Abgeordneten zu vermindern. In Wirklichkeit ist aber der deutsche Reichstag eines der kleinsten Parlamente der Welt. Die ersten Erfahrungen eines früheren Wahltermins für unsere Volksabstimmungen werden viel zu wenig gewürdigt. Wir hoffen aber, daß das laute Bekenntnis zum Deutschtum im Getöse des Wahlkampfes nicht leidet wird. Ich will die Wahlen leiten, aber nicht machen. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Sachsen (Sog.): Eine der vornehmsten Errungenschaften der Revolution ist das Verhältnis-Wahlrecht, und besonders das Frauenwahlrecht, für das sich früher nur die sozialdemokratische Partei eingesetzt hat. Wir hoffen, daß dadurch auch der Wahlschwindel ein Ende gemacht wird, denn gemein und skandalös war es, wie im alten kaiserlichen Deutschland besonders in den agrarischen Gebieten Wahlbeeinflussung durch wirtschaftlich Stärkere getrieben wurde. Der Verfassungsausschuh ließ sich bei Beratung des vorliegenden Entwurfes einzig von der Ueberlegung leiten, dem Willen der Wähler ganz und unverfälscht Ausdrucksmöglichkeit zu schaffen, und auch die Fehler der letzten Wahl noch zu vermeiden. Wenn nicht alle Mängel beseitigt sind, so trägt insbesondere die deutschnationale Partei die Schuld, weil sie durch eine wüste Wahlagitatorik zusammen mit der deutschen Volkspartei die Lebensdauer der Nationalversammlung verkürzt hat. In der Ernennung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete liegt zweifellos eine Verletzung der Verfassung, was aber in Kauf genommen werden muß, um diese Gebiete im Reichstag vertreten zu lassen. Jeder objektive Beurteiler muß anerkennen,

daß der vorgelegte Gesetzentwurf sich in allen Kulturländern setzen lassen kann; hoffen wir, daß dies auch bei dem nach diesem Gesetz gewählten Reichstag der Fall sein wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Drobauß (Dem.): Die Vorlage gibt den Schlagenden Beweis für die hervorragende Arbeit des Ausschusses; wir stimmen ihr trotz mancher Bedenken gegen die Reichsliste zu.

Abg. Eichhorn (U. Sp.): Trotz erheblicher Mängel stimmen wir der Vorlage zu. Mängel erblicken wir vor allem in der Ueberschneidung der Wahlkreise; ferner in der Bestimmung, daß keine Gruppe mehr Sitze auf der Reichsliste bekommt, als wie sie in den einzelnen Wahlkreisen erhalten hat; ganz besonders in der Entscheidung des Wahlrechts für die Soldaten, wodurch sie erst recht der reaktionären Beeinflussung ihrer Offiziere ausgesetzt sind.

Abg. Dietrich (Dnat.) bezieht sich im Ausschuh wegen der Abstimmungsgebiete für Herbstwahlen ausgesprochen zu haben.

Abg. Kempfer (D. Sp.): Die Verwertung der Reststimmen ist ein wesentlicher Fortschritt. Wenn die Arbeit so häufig geleistet werden müßte, so ist das Schuld der Regierung, die diesen Entwurf nicht früher vorgelegt hat.

Abg. Dr. Pfeiffer (S.): Die Zeit drängt. Wenn die Aussprache so weitergeführt wird, dann werden wir bis zum 6. Juni nicht fertig.

Der grundlegende § 1 wird darauf angenommen.

Kein Wahlrecht der Soldaten.

§ 2 handelt von Wahlrecht und Wählbarkeit. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, und 2. wer die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat. Das Wahlrecht der Soldaten ruht. Vorhanden in der Ausübung des Wahlrechts sind Straf- und Untersuchungsgesessene, aber nicht Personen, die aus politischen Gründen in Schutzhaft sich befinden.

Abg. Schmidt-Sachsen (Sog.): Wir sind unter allen Umständen für das Wahlrecht der Soldaten. Wir haben doch heute nicht mehr die jungen Leute von früher und laut Friedensvertrag für 16 Jahre! Man braucht aus den Kasernen ja keine Wahllokale zu machen, der Soldat geht, wie jeder andere Bürger, eben auch zur Wahlurne. Er hat dazu um so mehr ein Recht, als ihm die Verteilung seines Landes anvertraut ist, das ihm zum Dank dafür noch von der Wahl ausschließt. (Zustimmung links.)

Abg. Henke (U. Sp.) will auch für die Straf- und Untersuchungsgesessenen das Wahlrecht.

Abg. Kaufmann (Dem.): Das Wahlrecht für die Soldaten haben wir angelehnt der Gefahr, daß dadurch weitere Herküstung in die Reichswehr getragen wird, für falsch.

Abg. v. Graefe (Dnat. Sp.): Die überwiegende Mehrheit meiner politischen Freunde ist für das Soldatenwahlrecht.

Abg. Graf Posadowski (Dnat. Sp.): Für eine Anzahl meiner Freunde und mich erkläre ich mich gegen das Wahlrecht der Soldaten, denn eine politisierende Armee ist eine Gefahr in jedem Staate. (Beifall in der Mitte und rechts.)

Reichswehrminister Gehler:

Wer eine politische Armee will, muß die Agitation dann für alle Parteien freigegeben, nicht nur für die Bedürfnisse der jeweils herrschenden Mehrheit. Das Reichswahlgesetz, das vom Kabinett bereits einstimmig beschlossen worden ist, sieht

Wehrkammern

als öffentliche Verrechnungskörper für die Berufsfragen der Soldaten vor; das müßte vor der Hand genügen. Die Reichswehr befindet sich doch immer in einer unzufriedenen Verfassung; die Erstellung des Wahlrechts würde ein neues beunruhigendes Moment bedeuten. Gewiß kommt es trotz aller Verfügungen in der Reichswehr noch zu Mißregungen; das wird aber nur noch einige Tage dauern, bis die neuen Verordnungen überall durchgeführt sind. Auch angesichts des durchweg noch nicht harmonischen Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen würde die Wahlkammern nur neuer Konfliktstoff sein. Auch der Bund der Berufssoldaten hat sich mit erdrückender Mehrheit gegen das Wahlrecht der Armee ausgesprochen. (Hört, hört!) Die

Gefahr einer bewaffneten Beeinflussung

wäre in hohem Maße gegeben, wie ein gestriger Fall deutlich beweist, wo eine

Abordnung der Marinebrigade aus Munster bei mir war und unter Drohungen die Zurücknahme des Postbefehls gegen Kapitän Ehrhardt und seine Belassung an der Spitze der Truppe forderte. (Hört, hört!) Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, wie ich denke und hoffe, daß der Postbefehl inzwischen ausgeführt ist. (Beifall.)

Abg. Graf Dohna (D. Sp.): Die Politik darf nicht in die Wehrmacht getragen werden, deshalb sind wir entschieden gegen das Wahlrecht der Soldaten. Die Untersuchungsgesessenen müssen, solange sie nicht verurteilt sind, das Wahlrecht behalten.

Der Abg. Gerold (S.) und Waldstein (Dem.) sprechen gegen das Wahlrecht der Reichswehr.

Abg. Kagenstein (Sog.): Wir haben starke und berechtigte Zweifel, ob die Regierungsvorlage nicht doch die Verfassung verletzt, es geht nicht an, daß man den Soldaten das höchste staatsbürgerliche Recht vorenthält. Wir sind darum unter allen Umständen für das Wahlrecht des Heeres. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Graefe (Dnat. Sp.): Keine Stellungnahme ist nicht von der Hoffnung diktiert, die Stimmen der Reichswehr für uns zu gewinnen, aber es muß die Reichswehr verbittert, wenn sie kein Wahlrecht hat, während dies der Sicherheitswehr zusteht.

§ 2 wird darauf in der Ausschuhfassung angenommen, desgleichen die §§ 3 bis 13.

Zu § 14 beantragt Abg. Gerold (S.) die Erhöhung der Zahl der zur Aufstellung einer Wahlliste erforderlichen Unterschriften von 20 auf 30.

Abg. Schmidt (Sog.): Die Zahl 20 ist im Ausschuh mit großer Mehrheit beschlossen worden. Man kann also nicht von einer Zustimmtheit sprechen.

Der Antrag Gerold wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Der Ausschuh hat die Vorlage dahin abgeändert, daß der Wahltag durch den Reichstag und nicht durch den Reichspräsidenten bestimmt wird. Es muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein, und er kann bestimmt werden mit einer Reichstagswahl oder einer allgemeinen Volksabstimmung.

Die Vorlage wird ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Freitag 3 Uhr: Antrag der Abg. Barisch und Gemossen betr. Aufhebung der Verordnung über die Veranlassung des Grundlozes und Ausschuhung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung. Dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die „Verordnung“ der Reichstagsgebäude.

Schluß 7 Uhr.

Groß-Berlin

Gegen die Kappisten in den Gemeindeverwaltungen.

Konferenz der sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden.

Auf Veranlassung des Bureau der Kommunalen Konferenz der Gemeindevertreter von Groß-Berlin fand am 20. d. Mts. eine sehr gut besuchte Konferenz der Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktionen von Groß-Berlin statt, an der auch unserer Partei angehörende und ersoldete Stadträte bezw. Schöffen einzelner Gemeinden teilnahmen.

Gegenstand der Verhandlung bildete eine Aussprache über die Vorgänge bei dem Kapp-Lüttwig-Putsch, vornehmlich die Stellungnahme der Gemeindevertreter zu den Gemeindebeamten, die in ostentativer Weise gegen die alte Regierung aufgetreten sind, unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt den ihnen nachgeordneten verfassungstreuen Beamten Nachteile androhten oder der Parole des Beamten-Gewerkschaftsbundes gefolgt und gestreift hatten. In zweiter Linie kam die Stellungnahme der Gemeindevertretungen und Gemeindevertreter bezüglich der technisch Durchführung eines etwaigen kommenden Generalkreuzes zur Erörterung.

Der Verhandlungsleiter Genosse Ritter führte einleitend aus, daß über den Weg, in welcher Weise

Konterrevolutionäre Kommunalbeamte,

nur ein solche handels es sich und nicht um die im Privatdienstvertrag Angestellten, zur Rechenschaft gezogen werden können, geteilte Meinungen vorhanden seien. Diese gelte es zu klären. In einigen Gemeinden sei so verfahren worden, daß die Stadtverordnetenversammlungen oder Gemeindevertretungen aus sich

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Die Tage waren mit Frühjahrsarbeit ausgefüllt, die Tiere waren ausgelassen, in dem leeren Stall standen Risten und Kisten voll Saatkartoffeln. Jaf läte in diesem Jahr mehr Korn als sonst und wandle seinen äußersten Fleiß auf, um es gut in die Erde zu bringen, er richtete Beete für Karotten und Rüben, und Jager säte den Samen hinein. Alles ging wie früher.

Eine Heißlung trug Jager ein Heuflehen auf dem Leib, um die auszusehen. Allmählich verminderte sie das Gou, und schließlich ließ sie den Saß weg. Endlich eines Tages fiel es Jaf auf, und er fragte verwundert: „Was ist denn das? Ist diesmal nichts darauf geworden?“ — „Nein,“ sagte sie, „diesmal nicht.“ — „So, warum nicht?“ — „Ach, es war eben so. Was glaubst du, Jaf, bis wann du alles umgebrochen haben wirst, was wir da vor uns haben?“ — „Ist es eine Heißgeburt gewesen?“ fragte er. — „Ja.“ — „So, und du hast keinen Schaden davongetragen?“ — „Nein. Du, Jaf, ich habe schon so oft gedacht, ob wir uns nicht Schweine eintun sollten.“ — Jaf, der sehr bedächtig war, sagte noch einer Weile: „Ja, ein Schwein. Ich hab in jedem Frühjahr daran gedacht. Aber so lange wir nicht mehr Kartoffeln und auch Futterkartoffeln und etwas mehr Getreide haben, haben wir kein Futter für ein Schwein. Nun, wir wollen in diesem Jahr einmal sehen.“ — „Es wäre sehr schön, wenn wir ein Schwein hätten.“ — „Ja.“

Die Tage vergehen. Regen fällt, und Ader und Wiese stehen schön, in diesem Jahr darf man auf Gutes hoffen! Große und kleine Erlebnisse folgen einander, es gibt Wohlgehen, Schak und Arbeiten, Sonntage mit reingewaschenen Gesichtern und gekämmten Haaren, Jaf trägt sein neues rotes Hemd, das Jager gewebt und genäht hat. Da geschieht es, daß das geruhige Leben durch ein großes Ereignis aufgeschreckt wird. Ein Ritterschaf mit seinem Lamm hat sich in einem Felsenpalt eingeklemmt; die anderen Schafe kommen am Abend heim, Jager vernimmt sofort die beiden, die fehlen. Jaf geht hinaus, sie zu suchen. Sein erster Gedanke ist, wenn ein Unglück geschehen sei, so sei es nur gut, daß es gerade Sonntag war und er somit nicht von der Arbeit weg

müßte. Er suchte stundenlang, endlos ist das Weideland, er geht und geht. Dabei ist das ganze Haus in Aufregung; die Mutter bedauernd ist die Kinder mit kurzen Worten: „Zwei Schafe fehlen, Schweig!“ Alle sorgen mit, die ganze kleine Gesellschaft, selbst die Rühbe merken, daß etwas Ungeordnetes vorgeht und brüllen, denn bisweilen ist Jager draußen und lockt mit lauter Stimme nach dem Walde hin, obgleich die Nacht schon herannahet. Dies ist ein Ereignis im Weidland, ein allgemeines Unglück. Als Jager die Kinder zu Bett gebracht hat, geht sie selbst hinaus und sucht auch; dazwischen ruft sie, bekommt aber keine Antwort, Jaf ist wohl auch weit weg.

Wo können die Schafe nur sein, was ist ihnen geschehen? Sind Bären unterwegs? Sind Wölfe von Schweden und Finnland übers Gebirge herübergekommen? Keins von beiden. Als Jaf die Vermissten findet, ist das Ritterschaf in eine Felsenpalt eingeklemmt mit einem gebrochenen Bein und aufgeschlitztem Futter. Es muß lange in der Felsenpalt festgehalten worden sein, denn obgleich es ernstlich verwundet ist, hat es doch das Gras um sich her bis an die Wurzeln abgenagt. Jaf hebt das Schaf heraus, und das erste, was dieses tut, ist, nach Futter zu suchen. Das Lamm saugt sofort an der Mutter, es ist die reine Heilung für das arme wunde Futter, daß es geleert wird.

Nun sucht Jaf Steine und wirft sie in die gefährliche Felsenpalt; die heimtückische Öffnung soll nie wieder ein Schafsein brechen! Jaf trägt lederne Sofenträger, er zieht sie aus, spannt sie um das Schaf und hält dadurch das aufgeschlitzte Futter an seinem Platz. Dann hebt er das Schaf auf seine Schulter und trägt es heim. Das Lamm läuft hinter ihm her.

Und nachher? Schienen und Teerlappen. An einigen Tagen fängt das Schaf an, mit dem kranken Fuß zu zappeln, weil die Wunde heilt und heilt. Ja, alles miteinander wird wieder gut — bis sich wieder etwas ereignet.

Das tägliche Leben, Ereignisse, die das Leben der Anfelder ganz ausfüllen. Ach, das sind keineswegs Kleinigkeiten, es ist das Schicksal, es gilt Glück, Behagen und Wohlfahrt.

Jaf benutzt die Zeit zwischen Frühjahr- und Sommerarbeit, um ein paar neue Stämme zu bebauen, die gefällt daliegen; er hat wohl einen Plan mit ihnen. Außerdem bricht er viele nützlich Steine aus und schafft sie zum Hofe

hin. Wenn er genug Steine bekommen hat, schlägt er sie zu einer Mauer. Wäre es nun noch wie vor einem Jahr gewesen, so wäre Jager neugierig geworden und hätte sich gefragt, was denn ihr Mann im Sinne habe; aber jetzt beschäftigt sie sich lieber mit ihren eigenen Sorgen und stellt keine Fragen mehr. Jager ist so fleißig wie früher; sie versorgt das Haus und die Kinder und die Tiere, aber sie hat angefangen zu singen, und das tat sie früher nicht. Sie hat Gelsen ein Abendgebet gelehrt, das hatte sie früher nicht getan. Jaf vernimmt ihre Fragen; ihre Neugierde und ihr Lob über das, was er leistete, waren es, die ihn zu einem zufriedenen und einem ausgezeihneten Mann gemacht hatten; jetzt geht sie an ihm vorbei und sagt höchstens, er werde sich noch zu Tode schinden. Es muß ihr beim letztenmal doch recht schlecht gegangen sein! denkt Jaf.

Oline kommt wieder zu Besuch. Wäre es nun noch wie im vorigen Jahre gewesen, so hätte man sie sehr willkommen geheißen; aber jetzt ist es anders. Jager begegnet ihr vom ersten Augenblick an feindselig; was nun auch der Grund sein mag, aber Jager ist ihr feindselig gesinnt.

„Ja, dachte halb und halb, ich würde zu rechter Zeit kommen,“ sagt Oline mit feiner Anspielung. — „Wieso?“ — „Ja, daß das dritte gekaufte werden sollte. Wie sieht es damit?“ — „Ach,“ sagt Jager, „darum hättest du dich nicht herzubemühen brauchen.“ — „So.“

Dann fängt Oline an zu loben, die beiden Jungen seien so groß und hübsch geworden, und Jaf sei so fleißig, und es sehe aus, als wolle er wieder bauen — großartig sei es hier, so einen Hof gebe es nicht wieder! „Und kannst du mir sagen, was er jetzt bauen will?“ — „Nein, das kann ich nicht, du mußt ihn selbst danach fragen.“ — „Nein,“ sagt Oline, „das geht mich nichts an. Ich wollte nur leben, wie es euch geht, denn dies ist eine große Freude und Beruhigung für mich. Nach Goldhorn willst du gar nicht fragen oder ihren Namen in den Mund nehmen, sie hat's ja so gut wie mir möglich.“

Eine Weile vergeht unter guter Unterhaltung, und Jager ist nicht mehr so unfreundlich. Als die Uhr an der Wand ihre herrlichen Schläge ertönen läßt, treten Oline die Tränen in die Augen; sie sagt, sie habe in ihrem ganzen armen Leben noch nie so eine Kirchermorgel gehört. Da fühlt sich Jager wieder reich und großmütig aufgelegt gegen die arme Verwandte, und sie sagt: „Komm mit in die Kammer, du konnst meinen Wehstuhl sehen.“ (Fortf. folgt.)

heraus Untersuchungsausschüsse gebildet hätten. Eine solche Maßnahme bedeute ein Gestern ohne Morgen. Diese Ausschüsse liefen Gefahr, von den betreffenden Beamten mit Nichtachtung behandelt zu werden, insofern, als sie Einladungen zur persönlichen Vernehmung keine Folge leisten. Scharf zu prüfen sei auch in jedem einzelnen Falle, ob tatsächlich eine absichtliche Stellungnahme für die Parteiregierung seitens des einzelnen Beamten durch bestimmte Vorgänge vorliegt. Nicht gegen jeden, der dem monarchistischen Staatsgedanken huldige, aber sonst keine Pflicht we, könne, wenn er nicht die Parteiregierung durch Handlungen direkt unterstützen habe, disziplinarisch vorgegangen werden. Die Ausschüsse können nach Meinung des Redners nur dann einen praktischen Wert haben, wenn sie aus beiden Körperschaften, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretungen, zusammengesetzt sind. Das Gefühl könne nicht allein maßgebend sein, es müsse der gesetzlich vorgeschriebene Weg, die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegangen werden. Dieser sei im § 10 des Zuständigkeitsgesetzes gegeben. Ein solches Verfahren würde auch seine Wirkung auf die in Betracht kommenden Beamten nicht verfehlen.

In der eingehenden Aussprache wurden von den einzelnen Rednern die betreffenden Vorgänge in den einzelnen Gemeinden zur Sprache gebracht und im wesentlichen die von dem Genossen Ritter vertretene Auffassung bestätigt. Im allgemeinen stehe die Konferenz sich auf den Standpunkt, daß trotz der entgegen gesetzten Bestimmung der Reichsverfassung vom sozialdemokratischen Standpunkt

den Beamten das Streikrecht

zustehen. Die Reichsverfassung sei eine Kooperationsarbeit und in ihren einzelnen Bestimmungen für parteiprogrammatische Grundsätze durchaus nicht bindend. Genosse Bernstein-Schöneberg hätte gewünscht, daß durch ein Gesetz der Preussischen Landesversammlung oder der Deutschen Nationalversammlung sofort eine andere rechtliche Unterlage als die jetzige des komplizierten Disziplinarverfahrens geschaffen worden wäre. Als Ersatz der Ausprüche beschloß die Konferenz das Bureau zu beauftragen, an das Preussische Staatsministerium das Ersuchen zu richten, baldmöglichst durch ein Gesetz Bestimmung zu treffen, daß bei Wiederholung einer Beteiligung von Gemeindebeamten gegen die Republik gegen diese ein schnelleres disziplinarisches Eingreifen ermöglicht werde und daß bei der Neugestaltung der kommunalen Verfassungsrechte

den Gemeinden eine größere Autonomie

hinsichtlich des Vorgehens der Beamten gegen die republikanische Staatsverwaltung eingeräumt werde.

Der zweite Gegenstand bildete eine Aussprache über die praktischen Erfahrungen der Gemeinden anlässlich des letzten Generalstreiks. Alle Redner vertraten die Auffassung, daß die Schaffung gewisser Richtlinien über die Begriffe „Lebenswichtiger und lebensnotwendiger“ Betriebe unter allen Umständen erforderlich wäre, wolle die Arbeiterkraft sich nicht in das eigene Fleisch schneiden. Das Bureau der kommunalen Konferenz wurde beauftragt, diese Angelegenheit baldmöglichst zum Gegenstand einer Aussprache in einer Plenarversammlung aller sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Groß-Berlin zu machen.

Die Annahme des Gesetzes Groß-Berlin gesichert.

Wie die „P. P. R.“ hören, hat gleich der sozialdemokratischen auch die demokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung beschlossen, für den Gesetzentwurf Groß-Berlin zu stimmen. Für diesen Standpunkt entschied sich in der demokratischen Fraktion eine so große Mehrheit, daß die rasche Verabschiedung des Gesetzes unbedingt gesichert erscheint.

Eine Straßenbahnfahrt 70 Pfennig?

Unsere in der gestrigen Morgenausgabe ausgesprochene Vermutung, daß demnächst mit einer Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn zu rechnen ist, scheint sich zu bestätigen. Was der Bericht des Aufsichtsrats der Großen Berliner nicht sagte, daß nämlich die Bildung einer gut unterrichteten Sozialkommission an. Unter Hinweis auf die Regelung der Lohnverhältnisse zwischen den Betriebsangehörigen der Berliner städtischen Straßenbahn und dem Berliner Magistrat wird betont, daß, wenn der Schiedsspruch auch für die Große Berliner in Kraft tritt, eine Mehrbelastung von über 50 Millionen Mark einreten würde. Die Folge davon wäre die Erhöhung des Fahrpreises von 50 auf 70 Pfennig. Nötigenfalls sollen Vandalenscheine zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden. Sobald der Schiedsspruch für die Große Berliner vorliegt, werden sich der Aufsichtsrat und der Verbandsausschuß über die vorzunehmende Fahrpreiserhöhung schlüssig werden. Die zuständigen Berliner Stellen werden bis zum 15. Mai ihre Entscheidung fällen.

Wir sind im Augenblick nicht in der Lage festzustellen, in welchem Maße die Lohnverhältnisse den Etat belasten. Es geht aber nicht an, daß die Große Berliner bei jeder Fahrpreiserhöhung die Lohnforderungen ihrer Angestellten in den Vordergrund schiebt. Damit wird beim Publikum der falsche Eindruck erweckt, als ob lediglich die „Löhne“ Angestellten die Schuld an der Verteuerung der Straßenbahnfahrt tragen. Wichtig ist doch, daß nicht nur die Löhne, sondern auch die Strom- und sonstigen Materialkosten gestiegen sind und steigen. Da sich nun aber die Straßenbahn fortgesetzt hinter den Lohnforderungen verschlingt, so wäre sehr erwünscht, wenn auch die Einwirkungen der Strom- und Materialpreiserhöhungen auf den Fahrpreis bekanntgemacht würden. Dann erst kann man sich ein Bild davon machen, in welcher Höhe die neuen Löhne den Etat belasten.

Der Erholungsurlaub der Berliner Schulkinder.

Der Berliner Magistrat teilt mit: Bei der verhältnismäßig geringen Zahl von Pflegestellen in den ländlichen Bezirken ist es, wie bereits im vorigen Jahre, den städtischen Behörden leider nicht möglich, allen bedürftigen Kindern den ihnen so dringenden nötigen Landaufenthalt zu gewähren. Den Zurückbleibenden soll deshalb auch diesmal ein Erholungsurlaub auf den städtischen Kutschenspielflächen ermöglicht werden. Es kommen dafür die Plätze Grunewald, Zepel, Plänkersfeld I und II, Buch, Gartenberg, Hohenschönhausen, Plänierswald und Buhlheide in Frage. Die Einrichtung wird in erweitertem Umfang in der Weise getroffen werden, daß eine Gruppe von ungefähr 12 000 Kindern vier Wochen vor und eine ebenso große Gruppe die gleiche Zeit nach den großen Ferien unter zuverlässiger Aufsicht werktäglich von morgens bis abends auf den Spielflächen untergebracht und beschäftigt wird. Es kommen demnach die beiden Zeitabschnitte vom 7. Juni bis 8. Juli und vom 9. August bis 4. September in Betracht. Die Kinder der Wohlverdienenden sollen möglichst schon im Juni ausgelassen werden, da nach den dortigen Erfahrungen Wert darauf gelegt werden muß, daß ihnen die Unterichtszeit nach den großen Ferien unverkürzt zur Vorbereitung auf die Befreiung bleibt. Auf einem der Plätze ist auch der Versuch geplant, die Kinder ähnlich, wie es in den Waldschulen geschieht, täglich in zwei Kurgruppen zu unterrichten. Für die Ernährung sind nicht nur genügende städtische Vorräte, sondern auch reichliche ausländische Lebensmittel in Aussicht gestellt. Die Kinder erhalten in der städtischen Küche Kaffee mit Milch und Gebäck, Mittagessen und nachmittags Kaffee mit Milch und Gebäck. Die Eltern unterrichten und schwächerer Schulkinder anmelden, diese hat bei den Lehrern ihrer Schulen anzufragen, damit hier die Unterweisung durch den Schulerzgerichtet werden kann. Auf Grund des ärztlichen Befundes

entscheidet dann über die Zulassung des Kindes zum Erholungsurlaub allein die Schule. Anträge bei anderen Personen oder Dienststellen des Magistrats sind zwecklos. Die Teilnehmer am Erholungsurlaub haben an jedem Tage einen Beitrag von 50 Pf. zu entrichten, der durch die Leiter und Leiterinnen der einzelnen Abteilungen eingezogen wird.

Die Sommerferien, auf denen sich die Kinder morgens einfinden haben, werden später durch die Zeitungen, die Schule und auf den Teilnehmerkarten, die den Kindern ausgehändigt werden, bekannt gemacht. Die ärztliche Untersuchung der Kinder muß für die im Juni hinausgehende Gruppe bis zum 15. Mai und für die August-September-Abteilung bis zum 15. Juni beendet sein. Ueber die Ferienspiele, die zwischen den beiden Teilen des Erholungsurlaubs auf denselben Spielflächen vom 5. Juli bis 7. August stattfinden, wird im Laufe des Juni durch Schule und Presse noch näheres mitgeteilt werden.

Metallschiebungen in Spandau. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, umfangreiche Metallschiebungen in Spandau Reichswehr auf die Spur zu kommen. Als Urheber kommen Angehörige des Werkes in Betracht. Die Aufdeckung gelang in dem Moment, als wiederum 2 Waggons Kupfer und Messing verladen werden sollten. Ein Kriminalbeamter hatte sich als „Auffläufer“ an die Schieber herangewandt. Bei einem Berliner Spediteur wurden Stahlmengen im Werte von 120 000 M. beschlagnahmt, die aus den Reichswerken stammten. Einige Verhaftungen wurden bereits vorgenommen.

Durch eine Eierhandgranate wurden Donnerstag vormittag auf dem Schulhof der 19. und 20. Gemeindegasse 2 Kinder schwer und mehrere Schüler leicht verletzt. Ein 7jähriger Junge hatte die Granate mit in die Schule gebracht.

Sprachkurse für Proletarier. In den Anfängerkursen in Englisch und Französisch für Kinder bis zu 14 Jahren nimmt noch Anmeldungen entgegen (Mittag bis 2 Uhr nachm.) der Leiter G. Fuchs, Neue Friedrichstr. 45, III.

Tropen-Sternwarte. Sonntag, 3 Uhr: „Das bayerische Hochland und die Königshäuser“; 5 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donautal“; 7 Uhr: „Alber aus dem Oar, Thüringen und dem Riesengebirge“. Dienstag, 7 Uhr: „Kamelen und Sternschnuppen“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dr. K. Kerschb.). Sonnabend, den 1. Mai, 5 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donautal“.

Ein Schirm blieb in der Konferenz der Parteifunktionäre am Mittwoch im „Deutschen Hof“ stehen. Er ist in unserem Bureau, Bellevuestr. 7 II, abgeholt.

Stadtverordnetenversammlung Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte als Kostenbeitrag zur Vorbereitung der Reichsschulkonferenz 500 M. für die Fach- und Fortbildungsschulen mühten erneut Nachbewilligungen in Höhe von 14 240 M. erfolgen. Bei der Vorlage betr. den Beitritt der Stadt Charlottenburg zum Arbeitgeberverband deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände, beantragte die sozialdemokratische Fraktion Verlegung bis zur Bildung der Gemeinde Groß-Berlin. Nach längerer Diskussion wurde die Vorlage des Magistrats angenommen. Für die Hochbauverwaltung, das Statistische Amt, für die Labefragen und den Statistisches sowie für die Verwaltung des Elektrizitätswerkes wurden Nachbewilligungen von rund 300 000 Mark gefordert und beschlossen. Die durch die Verteilung der amerikanischen Liebesgaben, insbesondere der Quakerpeisung entstehenden Kosten in Höhe von 250 000 M. werden einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt. Es wird angenommen, daß im ganzen in der Zeit vom 20. März bis 1. Juni rund 17 000 Charlottenburger Kinder gespeist werden können. Wenn dann wird die Vorlage über Gewährung von Ruhegehalt und von Witwen- und Waisengeld sowie von Leuzerzulagen mit wenigen Veränderungen angenommen. Die Kurkostenfrage in den städtischen Krankenanstalten werden gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion und der Demokraten von 9 auf 12 M. erhöht. Die Auflösung der Einwohnerwehr wurde einer Abwicklungsstelle übertragen und die Kosten dafür in Höhe von 95 000 M. bewilligt. Zur Uebernahme der Abwicklungsstelle sind 4 Zivilkommissare aus den Mitgliedern der Einwohnerdeputation zu wählen. Die Abwicklungsstelle muß ihre Tätigkeit unbedingt bis zum 30. Juni b. N. erledigt haben. Unsere Genossen hatten beantragt, für den Fall, daß der 1. Mai nicht zum Nationalfeiertag bestimmt wird, Sonntagdienst in allen städtischen Betrieben und Verwaltungsstellen anzuordnen und den Schulunterricht auszusetzen. Mit der Begründung, daß dies Angelegenheit des Reiches sei, wurde der Antrag gegen die Stimmen der bürgerlichen und Demokraten abgelehnt. Dasselbe Schicksal erfuhr unser Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei den Staatsbehörden für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes einzutreten. Für die städtischen Arbeiter und Hilfsangehörigen wird nach der Vorlage des Magistrats die Zahlung eines monatlichen Leuzerzulages für die Hilfsangehörigen und Hilfskräfte im Unterbeamtendienst mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab in Höhe von 20 M. für jedes noch zu versorgende Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre beschlossen. Vom 1. April b. N. ab tritt ein weiterer monatlicher Leuzerzulag auf den bisherigen Tarifhöhen hinzu. Der Erhöhung der Hundesteuer auf 100 M. wird zugestimmt mit der Bedingung, daß die Steuer in vierteljährlichen Raten bezahlt werden kann.

Neudän. Stadttheater. Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten“ kommt heute zur Aufführung. Für die am Montag stattfindende gleiche Vorstellung sind alle Karten (rote Karte) ausverkauft. Für die heutige Vorstellung sind noch Karten (grüne Karte) zu haben. Eine dritte Aufführung dieses Werkes erfolgt nicht.

Lichtenberg. Die Nationalversammlung hat den Antrag des Innenministers auf Zulassung eines Disziplinarverfahrens gegen den Abgeordneten Marek (D. Sp.) wegen der Verhöhnung des Rappismus dem Geschäftsausschuß überwiesen.

Friedrichsfelde. Die Gemeinde-Ernährungsamt - verkauft gegen Vorzeigung der Haushaltskarte dauerhafte Herrenhiesel, Größe 40-46, Preis 256 bis 288 M., Damenhiesel, Größe 36-42, Preis 197 bis 248 M., Kinderturnschuhe in der Preisliste von 33 bis 42 M., Kinderanzüge für das Alter von 3-9 Jahren, Preis 31 bis 61 M., Jünglingsanzüge in der Preisliste von 109,50 bis 350 M., Herrenhosen, Preis 42 bis 99 M., Kinderhosen, Preis 44 M. Der Verkauf findet werktäglich von 9-1 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags im Ernährungsamt, Wilhelmstr. 9, statt.

Gehwalde (Kreis Teltow). Rette Zustände in der Gemeindevertretung. Anlässlich des Rapp-Putschs kam es zu einer Spaltung in der Gemeindevertretung. Das hiesige Bürgerturn machte aus seinen Sympathien mit den Staatsfeindern seinen Hehl. Als durch das Eingreifen der Arbeiterkraft den Rappisten das Handwerk gelegt war, trat allerdings eine Erneuerung ein. Mitleidig brütete man auf Wache. Anlag ihren Nachgedanken Ausdruck zu geben, sollte die am 17. März vorgenommene Entlassung der Einwohnerwehr bieten. Man rief die in Grünau und Umgegend liegenden Lützow-Truppen und benutzte unsere Parteigenossen der Anstiftung. Am 28./29. März wurde der Ort besetzt und 16 Verhaftungen vorgenommen, hauptsächlich führende Parteigenossen beider Richtung, und die Verhafteten vor das Standgericht in Grünau geleitet. Vier Todesurteile wurden gefällt, sogar gegen Personen, denen man nichts weiter vorwerfen konnte, als daß sie Mitglieder der Sozialdemokratie waren. Daß die Todesurteile nicht vollstreckt wurden, ist nur dem tatkräftigen Eingreifen der Arbeitervertreter im Parlament zu verdanken. Die Listen für die Verhaftungen wurden den Lützowern von „rechtsstehenden“ Einwohnern geliefert.

Nachdem die Rapp-Regierung geknickt, bemühtigte sich deren Anhänger allerdings eine schlotternde Angst. Sie, die bisher jubelten, sich mit Abjuring patriotischer Pieder nicht genug tun konnten, nur noch mit Standrecht, Sandhausen und Erlichungen operierten, stritten jetzt alle Mitschuld an und führten die Vorwissen auf das große Mißverständnis zurück. Unsere Parteigenossen in der Gemeindevertretung - die Schöffen waren von ihren Posten zurückgetreten - beabsichtigten die Vorwissen in einer Gemeindevertreterversammlung zur Sprache zu bringen. Der Gemeindevorsteher, über dessen Stellungnahme man sich nicht klar ist, ließ aber die für den 25. März resp. 8. April nächsten Sitzungen ausfallen. Eine für den 15. April einberufene Sitzung wurde drei Stunden vorher, auf Verreiben der bürgerlichen Vertreter, ohne Angabe von Gründen abgesetzt. Angeblich, um erst mal Groß über die Geschichte wachen zu lassen. Hierzu haben die sozialistischen Gemeindevertreter aber weder Lust noch Ursache. Sie wünschen die Behandlung dieser Fragen in breiterer Öffentlichkeit. Seit den Witschtagen ist die Gemeinde ohne Vertretung. Der Gemeindevorsteher regiert ohne Schöffen und Vertreter, nur nach Informationen von bürgerlicher Seite. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Wir fragen, was gedenken die Einwohner und vor allem die Gemeindevertreter hiergegen zu tun? Wir verlangen unverzüglich und ganz energisch, die Schritte einzuleiten, die nötig sind, diesen unheilvollen Zuständen ein Ende zu machen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wartenberg-Läden. 1/2 Pfd. Narmelade (P. u. L.). An Personen über 60 Jahre 1/2 Pfd. Reis oder Jweibad. 200 Gramm Hälftenfrüchte (17d bis 17g). Auf Abkühlung 18 der Jweibad für Kriegsdienstblinde 1 Pfd. Gerstenflocken (18). An Personen, welche 65 Jahre alt, 1 Pfd. Suppe in den Gemeindepöden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 23. April:

31. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36. Jungsozialistische Vereinigung S. P. D. Beginn einer neuen Arbeitgemeinschaft. Materialische Gesichtspunkte in der Parteifunktionären Konferenz, Lindenstr. 8. Anfang 9 1/2 Uhr. Teilnehmer werden noch ausgenommen. - Literaturabend 8 Uhr, Restaurant Roonstr., Bahnhof Potsdamer Garten, Diskussionsabend. - Wilmersdorf 7 1/2 Uhr im Gefängnis der Hindenburg-Straße, am Scharf. Vortrag. Eisenbahner-Verbandsrat! Die Sitzung des Verbandsrates im Lehrervereinhaus, Alexanderplatz, fällt aus, dafür 6 1/2 Uhr. Versammlung in Frederichs d. d. Ostbahn. Abfahrt 8 34 ab Scharf. Bahnhof. Volkerverbandsrat. 7 1/2 Uhr Versammlung aller der S. P. D. angehörenden Volkseinstellen in Rellers Hof, Bergstr. 68. Charlottenburg. 7 Uhr Versammlung der 9., 10., 12., 13. und 14. Gruppe Kula der 14. Gemeindegasse, Postlogstr. 40.

Morgen, 24. April:

18. Abt. 318., 320., 324. und 325. Bezirke. 8 Uhr bei Oese, Remer Str. 68. 25. Abt. 7 Uhr bei Schüler, Gollnowstr. 18, Funktionärenkonferenz. Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. 4 1/2 Uhr im Sitzungszimmer 245, Stadthaus, Eingang Untergrundbahn Klosterstr. Tagesordnung: Arbeiterreaktion gegen sozialistische Lehrer (Dr. Sögel). Wir bitten die Mitglieder, Material in der Sitzung beizubringen. Frederichs d. d. Ostbahn. 7 1/2 Uhr bei Heine, Schwärzer Weg: Deutscher Volksvereinsammlung. 1. Vortrag des Genossen Gricke über die politische Lage. 15. Abteilung. Die Funktionärenkonferenz findet bei Scholz, Köllner-Theater-Str. 20, statt.

Bildungsveranstaltungen.

Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Sonnabend 6 Uhr. „Auntie Böhne“, Neue Welt, Hasenheide: 109-114. Romanisch-motografische Oper „Die schöne Galathea“ von Suppl. Kofolognien und Vertikation von Frau Risi Langet. Eintrittskarten zu 3, 20 M. - Sonntag 3 Uhr. Theater „Die Tribüne“: „Die Wandlung“ von Ernst Toller. Eintrittskarten 3, 50 M. - Kleines Schauspielhaus: „Die Hebert“, nachmittags 3 Uhr, Eintrittskarten 2 M. Die Verlegung der Plätze in beiden Theatern beginnt um 2 1/2 Uhr. Karten für alle drei Veranstaltungen im Bureau des Bildungsausschusses, bei allen Abteilungsleitern und an der Kasse. Sozialistische Bildungsschule Charlottenburg. Der letzte Vortragsabend des Rednerkursus findet am Freitag, 30. April, statt.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Charlottenburg. Köllnerstr. 4, Volksklub, Vortrag: „Wenden und Vergehen der Welt“. - Lichtenberg. Parklane 10, Lesabend: „Wilhelm Tell“. - Waidhof. Gemeindegasse Balderstr. 10, Diskussionsabend - Wandl. Gemeindegasse Turmstr. 75, Vortrag: „Enttötung des Proletariats“. - Neudän-Lad. Rogastr. 33, Diskussionsabend: „Die Arbeiterjugend“. - Pantow. Wollanstr. 131, Zeichenklub der Arbeiter-Mittelschule, literarischer Abend: „Maria Stuart“. - Spandau. Oberbaum, Kollnsee, Vortrag: „Wie soll man morden?“ - Läden. Wilmstr. 10, Lesabend: „Ernst Toller: Die Wandlung“. - Tropen-Baumkulturbew. Oberstr. 3, Vortrag: „Die deutsche Arbeiterbewegung“. - Wedding. Lützowstr. 38, wissenschaftlicher Vortrag. - Weihensee. Weidenpromenade 1 (Rebigenheim), literarischer Abend. - Wartenberg. Aula, Gymnasium Kaiserstr. 1, Frühlingsspiel der Arbeiterjugend. Karten a 75 Pf. an der Kasse. Die Arbeiterkassen und schulmäßige Jugend, insbesondere auch die zu Ostern ins Erwachsenen getretene arbeitende Jugend ist hierzu besonders herzlich eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen. Sonnabend 6 Uhr im Rathhaus, Zimmer 63: Sitzung. - Arbeiter-Rothbrot- und Solidarität, Ordegrube Berlin, II. Abt. Sonntag früh 7 Uhr: Vortrag zum Republik-Tag. 1 Uhr nachmittags nach Perna (Reit. Waldhaus). Sämtliche Startis: SW, Fontanepromenade 18. - Allgemeine Familienherbelle. Sonntag: Gab- und Aufnahmeabend von 2-6 Uhr in den Restaurants Gertr. 12/13 und Kollnsee. 24.

Sport.

Rennen zu Karlshorst.

1. Ellen-Jagd-Rennen. 15 000 M., 4300 Meter. 1. Rosenkönig (Dyhr), 2. Freilaut (D. Wilschke), 3. Ebers Morle (Bismarck). Ferner: Hosen (4), Iwoll (5), Engelshag, Engelshag (ausgebr.). Toto: Sieg 55:10, Platz 14, 14, 12:10. - 2. Wilmersdorfer Jagd-Rennen. 15 000 M., 3400 Meter. 1. Lallo (Walter Räder), 2. Helopia (Wobbe), 3. Friedrich II (D. Wilschke). Ferner: Hosen (4), Woll (5), Balaketa (6), Seta Woll. Toto: Sieg 50:10, Platz 18, 14, 20:10. - 3. Wühlheide-Jagd-Rennen. 15 000 M., 3300 Meter. 1. Gormann (Frees), 2. Durchbruch (v. Falkenhausen), 3. Homb (Fret. v. Berchem). Ferner: Hosen (4), Sonnagsmadel (5), Her (6). Toto: Sieg 22:10, Platz 20, 22:10. - 4. Preis von Friedrichsfelde. 12 000 M., 3200 Meter. 1. München (Kollnsee), 2. Roldomml (Streit), 3. Woll (5), 4. Woll (5), 5. Woll (5), 6. Woll (5). Ferner: Hosen (4), Woll (5), Woll (5), Woll (5). Toto: Sieg 144:10, Platz 22, 13:10. - 5. Preis von Grünau. 12 000 M., 3000 Meter. 1. Rheinpreußen (Waller), 2. Demetrius (v. Falkenhausen), 3. Jafelba (Fret. v. Berchem). Ferner: Hosen (4), Woll (5), Woll (5), Woll (5). Toto: Sieg 22:10, Platz 17, 40:10. - 7. Preis von Königberg. 12 000 M., 3000 Meter. 1. Herte (Wegener), 2. Herten (Wegener), 3. Herten (Wegener). Ferner: Hosen (4), Woll (5), Woll (5), Woll (5). Toto: Sieg 401:10, Platz 40, 17, 22:10.

Gerichtszeitung.

Ein neuer Prozeß des Rektors Bod.

Der ehemalige Rektor Bod von der 40. Gemeindeschule ist feinerzeit wegen Vornahme unzulässiger Handlungen an mehreren seiner Schülerinnen zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden, obwohl er stets seine volle Unschuld beteuert hatte. Nach seiner Verurteilung ließ er eine Broschüre über den Gang des Prozesses und die Rolle, die Kriminalkommissar Toussaint gespielt, erscheinen, die, wie er sagt, nach seinem Wunsch eine Anklage gegen ihn verurteilte: er wollte zeigen, daß in unzulässiger Weise auf die ihn belastenden und Wäden eingewirkt worden sei. Hier derselben widerriefen dann auch ihre eiblichen Befundungen, freilich haben sie später, als sie die Folgen ihrer Handlung fürchteten, den Widerruf abermals widerrufen. Im Februar 1918 kam es wegen der Broschüre zu einer mehrtägigen Verhandlung gegen Rektor Bod, die aber verliert werden mußte, weil B. erkrankte. In einer neuen Hauptverhandlung am 17. Mai v. J. wurde dann infolge der Amnestie vom 8. Dezember 1918 das Verfahren eingestellt. Rektor Bod ruhte aber nicht: er sandte daselbst Flugblatt „Praktiken eines Berliner Kriminalkommissars“ auf, neue an den Polizeipräsident Ernst mit dem Bemerken, daß er alle äußerlich schweren Beschuldigungen gegen Toussaint wiederhole und um einen neuen Strafantrag wider sich bitte. Diesem Ersuchen ist nunmehr entsprochen worden. Bod hat diesen Weg, sich anklagen zu lassen, gewählt, weil er hofft, daß er dadurch in den Stand gesetzt werden wird, den Wahrheitsbeweis für die von ihm behaupteten unzulässigen Machenschaften des Herrn Toussaint in dieser ganzen leidigen Angelegenheit führen zu können.

Die neue Verhandlung, die sehr umfangreich werden wird, da mehr als 30 Zeugen zu vernahmen sind, wird in der ersten Hälfte des Mai unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weg vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III stattfinden. Die Verteilung des Angeklagten werden die Rechtsanwälte Bahn und Wolfgang Heine bzw. der Sozius des letzteren, Rechtsanwalt Dr. Kallebach führen.

Aus aller Welt.

Rückblick.

Als wir noch ein Schimbanse wa'n
Da fuhr noch keine — Wannseebahn.

Die süßlawische Gewalt Herrschaft in Kärnten. Lorenz Muray in Greuthen kaufte in Völkermarkt ein Pferd und ließ es gegen Ruden, wo er zu Hause ist, treiben. Er selbst ging einige Zeit später nach. Im Gasthaus Fischer in der Nähe von Ruden lehrte er ein, zwei süßlawische Gendarmen waren anwesend. Bei Bezahlung ließ er auch das Geld sehen, welches er schon in der Tasche hatte. Es war schon gegen Abend. Nach einiger Zeit gingen die Gendarmen mit ihm nach und wollten ihn anhalten. In der Angst, daß sie Vöses gegen ihn im Schilde führten, fing er an zu laufen; denn sie konnten ihn ja schon im Gasthaus kontrollieren, wenn er ihnen verdächtig vorgekommen wäre. Die Gendarmen schossen ihn nieder. Sie nahmen ihm dann das Geld ab und erstatteten die Anzeige. Lebend wurde der arme Mann nach Völkermarkt gebracht, wo sich niemand um ihn kümmerte, sodas er verbluten mußte. Bis auf das Pferd ausgezogen, wurde er dann befristet. Nach Aussagen seines Vaters hatte er noch 40 000 Kronen bei sich, die Gendarmen be-

haupten aber, nur 80 000 Kronen; die restlichen 10 000 Kronen sind verschwinden.

Der Papiermangel der Zeitungen in Budapest hat einen solchen Umfang erreicht, daß die Blätter nur noch in vier Seiten Umfang erscheinen und die Nummer 2 Kronen kostet. Das Jahresabonnement stellt sich ab 1. Mai auf 600 Kronen.

Draußen am Ball von Sevilla... „Daily Express“ meldet aus Madrid: In Sevilla griffen fünf gut gekleidete Banditen einen Güterzug an in der Hoffnung, die Aufmerksamkeit der Wache, die den Hofzug schützte, von dem eigentlichen Vorhaben abzulenkten. In der Tat stürzte sich auch eine andere Gruppe von Räubern auf den Hofzug, worin sich wertvolle Teppiche und Goldgeschirr befanden, und es kam zu einem Feuergefecht, bei dem ein Wachtposten schwer verwundet wurde. Schließlich wurden die Banditen zurückgedrängt, sie entkamen aber alle in bereit gestandenen Kraftwagen.

Ein Wirbelsturm tötete in Birmingham (Nordamerika) 100 Menschen. Der Schaden beträgt viele Millionen Dollars.

Briefkasten der Redaktion.

R. R. 100. Wir haben Ihr Schreiben mit Randbemerkungen dem Reichspräsidenten übermitteln. — G. G. Kemmer, Berlin, Zimmerstr. 34. — R. R. 201. Beziehen Sie sich auf die „Arbeiter-Schulungzeitung“, Neudamm, Hermannstr. 178. — R. 52. Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine (Koch-Verlag, Köpenick, Ludwigplatz 12, Hausgartenstr. 10, D. Hölze) Brunnenstr. 100. — G. 26. Wenden Sie sich an eine Bank oder lassen Sie sich die betreffende Nummer des „Reichsanzeiger“ schicken, die die Rückungsliste enthält. — R. 500. I. A. 2. Klein. Wolf. Der Reichspräsident kommt als höchste Instanz in Frage. — G. 488. Da können wir uns nicht hineinmischen; vielleicht handelt es sich um eine Tätigkeit ohne Verantwortung. — Gwal 99. Diese Vermögensverhältnisse sind uns nicht bekannt.

Mieter! Kommt am Sonntag in die Versammlungen! Beachtet die Anschlagssäulen! Mieter-Verband Groß-Berlin

Max Widulla nebst Frau
bringen die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit
die Genssen & L. Abteilung, Neukölln.

Soz. Wahlvereins (S.P.D.)
6. Abteilung, Bez. 107.
Am 19. April überhand nach langem Verbleib im 84. Lebensjahre unser Genosse **August Schneider**
Kollwitzstraße 60.
Die Einäscherung findet am Sonntag, d. 24. April, nach 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Um rege Beteiligung bitten
1925 Der Vorstand.

Dr. med. Grütering
Haut-, Horn-, Unterleibskleid.
h. Mann u. Frauen, Blutunter.
Invalidenstr. 35, Ecke
Chausseestr. Steit. Bf. Spr.
11-1 u. 4-6 Uhr, Sonnt. 12-1.

Betrübt sind alle
Werde für Metalle nach unten; trotzdem achte ich für
**Zinn,
Kupfer,
Messing,
Blei,
Zink usw.**
ungläubige Preise, gleichfalls für Gold- u. Silber-Bausch.
Metall-Einkaufsstelle
Koßbueher Str. 17

Schreibmaschinen
mit Glidicht, sehr preiswert, verkauft
Herbert Gehrke,
Berlin-Gesundbrunn,
Kolonnenstr. 25.

Kupfer per kg 12,—
Rotguß „ „ 8,—
Messing „ „ 6,—
Blei „ „ 3,50
zahlt Wiemer, Postbuserstr. 30, 1, nahe Bahnh. Gesundbrunnen

Kupfer per kg 12,—
Rotguß „ „ 8,—
Messing „ „ 6,—
Blei „ „ 3,50
zahlt Wiemer, Heimboltstraße 11, 1, u. Pascalstr. 3, an der Gotzkowskystraße.

Kupfer per kg 11,50
Rotguß „ „ 7,50
Messing „ „ 5,50
Blei „ „ 3,—
zahlt Kremsler, Friedenau, Ringstraße 24, Gartenh. 11.

Autol Haarfarbe
seit 23 Jahren anerkannt beste
Haarfarbe
färbt echt u. natürlich blond, braun, schwarz u. M.H.G. (Schwarz) an
J.F. Schwarzlose Söhne
Berlin, Markgrafen Str. 26.
Quart. erhältlich

Kaffee
gebr. p. Pfd. M. 29,50
" " " " 31,25
" " " " 33,25
Jones & Co.
BERLIN O 2.
Neue Friedrichstr. 47.
Norden 4976.
Versand a. p. Nachnahme.

Trotz Preissturzes
zahle ich für:
Kupfer per kg 11,—
Rotguß „ „ 10,—
Messing „ „ 6,—
Blei „ „ 3,—
Altisen „ „ —,70
Zeitungspapier 1,60

Schreibmaschinen
erstklassige, taugt und verkauft.
Reparatur prompt u. billig.
Telephon Norden 12495.
Leichnitz u. Lichtenberg,
Burgstraße 29.

Elektro-Klein Motoren
bis 1/2 PS, Kabel, Litze
Ankauf — Verkauf
W. Hagedorn,
Kochstr. 30/31. Zentr. 12653

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung & Berufskleidung
Größtes Spezialgeschäft dieser Art
Alexanderstr. 12. — Rosenfelder Straße 53. — Landsberger Allee 148. — Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßarbeit, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Ein neues Gesicht
Der einzige Weg zur Beseitigung aller Hautunreinheiten, bunte Flecken, Milien, durch die richtige Anwendung der Gesichtshautcreme mit der seit 30 Jahre, gleichsam bewährten u. ärztlich empfohlenen
Schälkur
Die neue Gesichtshautcreme besteht aus vollkommener Reinheit, ist frei von allen Schmelzen. Preis 18,50 nebst Dose mit erprobten Hautöligen Inhalt.
Otto Reichel, Berlin 43
50, Ostendestr. 4
Spezialhaus für kosmetische Haut- und Schönheitspflege

Altmetalle, Lumpen, Papier, Eisen
kauft häufig zu höchsten Tagespreisen
H. Samuelsohn,
Berlin O 26,
Nauynstraße 38,
an der Oranienburger Ecke
Moritzpl. 4800.

Kaufe Platin
M. 115,— per Gramm
und
Juwelen zu höchsten Tagespreisen
Friedrichstr. 168
nur I. Etage

Gute Antiquitäten
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40A

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 18A.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee,
empfehlen gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerraum 6000 qm gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 8/—7 Uhr geöffnet.

Fest gebündeltes Zeitungspapier
über höchsten Tagespreis
kauft Hauptgeschäft:
Berlin SO 33, Cuvrystraße 38
Tel.: Moritzplatz 792 und Neudamm 6405
Gemeinschaft:
Bückerstraße 33, Drangelstraße 72.
Post- und Bahnbestellungen werden der Reihenfolge nach prompt erledigt.
Willy Seydlitz.

Die Brotwinzel
Paulchen's gastliche Lieder

Von ARTUR ZICKLER
Eine Auswahl seiner besten Spotgesänge
Preis 4 Mk.
Zu beziehen durch den Verlag Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 2 oder Geschäftsstellen der Zeitungszentrale (Z.Z.)

Stand-Uhren
eigene Fabrikation, nur erstklassige Garantie-Werke, in jeder gewünschten Ausführung offerieren billig
Gebr. Böhle, Uhrmacher,
Berlin, Kochstraße 11.
Telephon: Ausrüst 9033

Alte Gebisse
auch einzelne Zähne 6—20 Mark
wo Echtheit festgestellt ist, Knochentafeln die Hälfte
Platin-Brennstifte usw.
zahle die höchsten Preise.
Zahntechn. Laboratorium Rosenzweig,
Oranienburger Str. 38, hochp.
zw. Artillerie- u. Friedrichstr. — Einkauf von 9—6 Uhr.

Dr. Hoffbauer's Entfettungstabletten
Vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel gegen Fettsucht und übermäßige Korperkapsel, auch ohne Einhalten einer bestimmten Diät. Keine störenden Arzneimittel, keine Schmelzdrüsen enthalten.
Nicht abführend. — Leicht bekömmlich.
Gratis-Broschüre versendet auf Wunsch
Elefantent-Apotheke, Berlin SW. 19
Ami Zentrum 7192, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz)

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle —
zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Ich bin rasier

Rasier-Klinge
Guerhahn
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften; direkt nur an Wiederverkäufer
Schramberger Uhrfedernfabrik, G. m. b. H., Schramberg (Würtbg.).

Elektromotore
Gleichstrom : Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3703 und 5318.

Trauringe
Tafelringgold 900 gef. 14 Kar. Gold 985 gef. 8 Kar. Gold 993 gef. von 60 M. pr. Stk. Preis vorzüglich am Lager.
Ankauf
altes Gold, Silber, Platin und Brillanten.
Minoga, Berlin O 17,
Grüner Weg 69.
Telephon: Alexander 2430.

Tuchversand
zu Engros-Preisen. Muster gegen 2,50 M. Vereinfachung über Nachnahme.
G. Schuler, Tuchversand, Rottbus, Spremberger Straße 1.

Kupfer — Messing Quecksilber — Blei — Zink
zum höchsten Tagespreis
Schulzendorfer Str. 2

Keine Wanze mehr.
Kammerjäger Berge Radikalmittel
„NICODAAAL“. Erfolg verblüffend. — Restlos Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, unbewährt. Doppelpack M. 4.—
Verkauf: Alle Warenhäuser A. Wertheim. Bitte ausdrücklich nur „NICODAAAL“ zu verlangen.

Schnellanhörer !!! Geld !!!
Schmirgelleinen, Naturstahl, Präser, Reibahlen, Gewindebohrer, neue, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen.
Händler Extrapreise. Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22.

Leim, Schellack
kauft jedes Quantum Drogerie
Kauf, Berlin, Hindenburgstr. 75.
Telephon: Röntgenstr. 8100.

Feste Preise:
Kupfer kg. 9,00 M.
Rotguß „ 7,00 „
Messing „ 5,50 „
Tasche, Bellealliancestr. 98
Langenbeckstr. 4, Ecke Eibinger
Warschauer Str. 79, und
Wilmerstr., Bernhardtstr. 15e.

Zigaretten
in verschiedenen Verisorten.
Beste Bezugsquelle i. G. (Lützowstr.)
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Isolierten Kupferdraht, Litzon und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
ingenieur Bureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3703 und 5318.

Isolierten Kupferdraht, Litzon und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
ingenieur Bureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3703 und 5318.

Isolierten Kupferdraht, Litzon und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
ingenieur Bureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3703 und 5318.

Isolierten Kupferdraht, Litzon und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
ingenieur Bureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3703 und 5318.

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Horn- und Unterleibskleidern, ohne Berufsstörung. Aufklärungs-, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Säle frei!
Für Versammlungen, Vereine usw.
Residenz-Festsäle, Landsberger Straße 31
Oranien-Festsäle, Nauynstraße 27
Central-Festsäle, Alte Jakobstraße 32
Kellers Konzert- u. Festsäle, Köpenicker Straße 29
Berliner Vereins- u. Konz.-Säle, Kommandantenstraße 38/39
Fernspr.: Moritzplatz 101 55, 7324, Alex. 5294.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Die Frau ohne Schatten
Anfang 5 Uhr.

Schauspielhaus.
Alkestis.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: **Dame Kobold.**
Sbd. 7: Himmel und Hölle.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: **Stella.**
Sbd. 7 1/2: Büchse der Pandora
Gr. Schauspielhaus
Karlsruhe.
7: Der weiße Holland (S.A., J.A.)
Sonntags 7 Uhr:
Der weiße Holland (9. Abt., J.A.)

Theater l. d. Königgrätzerstraße
1/2 Uhr: „Sie“.
Sonntags: König Nicola.
Sig. Schloß Weierstein.
Komödienhaus
1/2 Uhr: **Minister**
(Max Pallenberg)
Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer.
Fritz Messary, Otto Storm, Hans Wassmann usw.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Fraulein Puck.**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Der Freischütz**
Die Tribüne
7 1/2 Uhr: **Franziska.**
Eden-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin
Seg. 3 Uhr: „U. A. W. G.“
Friedr.-Wilhelms-Th.
7 1/2 Uhr: **Evchen**
Humbrecht
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: „1913“
mit Albert Bassermann.
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Wenn Frauen träumen
Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7 1/2 Uhr: Zwangseinquartierung.
Metropol-Theater.
7 Uhr: **Sybill.**
Sonntagsnachm. 3 Uhr:
Charleys Tante m. Thiescher
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in
7 1/2 Uhr: Die kleine Hobeit.
Seg. 3 1/2: Die Dame vom Zirkus
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Das Paradies
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Amor auf Reisen
Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Der Rastelbinder
7 1/2 Uhr:
Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich 1/2 Uhr:
Myrrha
Sonntags 4 (kleine Preise):
Herrschaftl. Diener ges.
Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke
Täglich 1/2 Uhr:
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Der gute Ruf.
Casino-Theater
Lötzingenstr. 37. Tägl. 1/2, 5, 8 Uhr.
Nur noch bis Dienstag, 27.
Sin alter Sänder
Ab Mittwoch, 28. April:
Der Schläger all-Volksstücke:
Onkel Cohn.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Moritz.

Volkstheater.
7 Uhr, zum 1. Male:
Käthchen von Heilbronn.
7 1/2 Uhr: **Pygmalion.**
Sonntags 7 Uhr, z. 1. Male:
Frau Warrens Gewerbe.
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Deutsches Künstler-Theater
Abendlich: **Menagerie**
7 1/2 Uhr: (Adalbert, Götz, Haack.)
APOLLO
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein
Das Welt-Rätsel
Afra
Die einz. Gedanken-
leserin der Welt.
Vorsicht bei
Gesprächen
Telephonredaktion mit
Valy Arnheim
Marga Lindt
4 Arkonis
Sensations-Akrobat.
und weitere April-
Varieté-Sensation.
Sonntag 3 1/2 Uhr
(Erwachs. 1 Kind frei)

Folles Caprice
Eck, Friedrich- u. Lindenstraße
Täglich 7 1/2:
Die abgetretene Frau
Zwangseinquartierung.
Oh dieser Nowack!
mit Ferdinand Grünecker
in den Hauptrollen.
Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus,
Karlsruhe - Schiffbauerdamm
Telephon: Norden 8643.
Wiederauftreten
Paul Graetz
Oscar Sabo
Anita Berber
Mady Christians
H. v. Wolzogen
Kurt Wolowski u. a.
Musik-Leit.: Friedr. Holländer,
Berlin 3 1/2, Konzertsbg. 7 1/2 U.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman
2 Uraufführungen 2
Marquis Fun.
Die Tragödie eines
gelben Mannes.
Aufschießerregendes
Drama in 5 Akten.
„Die Seele
des Bettes“
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Albert Paulig.

METROPOL
KABARETT
88 BREITENST. 53-54
Abendlich 7 Uhr:
3 Schwestern Lück
Liesiotte
Tom Jersey
Trude u. Ilse
Annie Wilkens
Schulhoff
Walter Steiner
„Der zerbrochene
Spiegel“
(Gebr. Schwarz)
Paul Steinitz
Kapelle Mundl Neumann.
Am Filigel: E. Heitschel.

Adi-Haus
Taubenstr. 34 - Ztr. 1052
Käto Blank
Eugen Haack
Cilli Pronio
Helms Hertwig
Pip u. Edita
Henry Wolf
Liesel Eve
Paul Rieckmann
Käthchen Esten
8 Pohleys
Adi Liebans
Meisterquartett
Adolf Lieban
H. Welsch, H. Kliche
Mocca, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Lied der Liebe.
Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Stille-Sänger.
Horst, Rusell,
R. Schrader, Seidel,
Schubert, Rless
Rathke, B. Walden,
Eugen Beckera. Gast
Sonnt. nchm. 3 U.
ermäßigte Preise.
Blüthen-Konzert im
Beginn 7.10 Uhr.
Vorverk. 11-12 1/2 u. 4-6 Uhr

Circus Busch
Heute **nur** Box-
Freitag **kämpfe.**
Morg. sowie tägl. 7 1/2 Uhr:
Das gr. Circus-Prgr.!
und die erfolgreiche
Pantomime
„Der Wilddieb“
Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe.
Morg. Pflirt in St. Moritz
7 1/2

Reichshall-Theater
7 1/2 u. Sonntags
nachm. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger.
Radmittags
ermäßigte Preise

UFA
Lichtspiele
TauentzienPalast
Des großen Erfolges wegen verlängert
4. Woche!
Die Tänzerin Barberina
nach dem gleichnamigen Roman
von **Adolf Paul**
Für den Film in 7 Abteilungen von Verfasser bearbeitet
Titel-
rolle: **Lyda Salmonowa**
Wochentags: 7 und 8 1/2 Uhr; Sonntags: 4 Uhr
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

OPERETTEN-UND
UFA
FILM-THEATER

Mozartsaal am Nollendorfplatz
Das einsame Wrack
Sensations-Film in 6 Akten
HAUPTROLLEN
Loo Holl / Harry Liedtke
Regie: Heinz Karl Halland
Kammerlichtspiele
am Potsdamer Platz
U.T. Kurfürstendamm 26
U.T. Nollendorfplatz 4

Die drei Tänze
der Mary Wilford
Ein Abenteuerfilm in 6 Akten mit
Grifa Gishner / Ludwig Barton
Friedrich Fehér / Hermann Valentini
U.T. Friedrichstraße 190
U.T. Hasenbalde 24
Patience
Schauspiel in 6 Akten
In den Hauptrollen:
Jörgen Bern / Adele Dandora / Conrad
Veidt / Wilhelm Diegelmann / Felix Basch
U.T. Alexanderplatz
U.T. Wundbergweg 16
U.T. Schöneberg, Hauptstr.

Kohlhiesel's Töchter
Lustspiel mit
Henny Porten
Emil Jannings
Regie: Ernst Lubitsch
Diemit Tränen säen
Schauspiel in 4 Akten
Wochentags ab 7 Uhr / Sonntags: Beginn 4 Uhr

Sport-Palast
Das größte Kino der Welt
Potsdamer Str. 72 - Hochbahn Sileswtr.
Erich Kaiser-Titz
Die Nacht
der Entscheidung
Versiegelte Lippen
Leontine Kühnberg

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.
Berlin, den 20. April 1920.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 3 der Verordnung der Reichsregierung
über Befreiung der Grundlohn- und Ausdehnung der Ver-
sicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 1. April 1920
(Reichsgesetzbl. Nr. 65 Seite 488 ff.) wird der Grundlohn wie
folgt festgelegt:

1. Stufe	auf	2 M.
2. Stufe	auf	4 „
3. Stufe	auf	6 „
4. Stufe	auf	8 „
5. Stufe	auf	10 „
6. Stufe	auf	12 „
7. Stufe	auf	15 „
8. Stufe	auf	18 „
9. Stufe	auf	21 „
10. Stufe	auf	24 „
11. Stufe	auf	27 „
12. Stufe	auf	30 „

Die Mitglieder werden hiernach in 13 Stufen eingeteilt.
In Stufe 1 gehören alle ohne Entgelt beschäftigten Beihilfungs-
Ressortmitgl. m. einem Entgelt b. 2 M.

1	2,01 - 4
2	4,01 - 6
3	6,01 - 8
4	8,01 - 10
5	10,01 - 12
6	12,01 - 15
7	15,01 - 18
8	18,01 - 21
9	21,01 - 24
10	24,01 - 27
11	mehr als 27
12	mehr als 27

Der Beitrag beträgt wie bisher 6 vom Hundert des Grund-
lohnes für Dienstboten 3 vom Hundert.
Vorstehende Bestimmung tritt am 26. April 1920 in
Kraft, von diesem Tage an sind die Beiträge nach der vor-
stehenden Lohnaufstellung zu zahlen und werden nicht, wie
bisher, höchstens bis zu einem Entgelt von 30 M., sondern bis
zu einem Entgelt von 30 M. für jeden Arbeitstag berechnet.

Der Vorstand.
A. Rüßberg, Vorsitzender. H. Schmitz, Schriftföher.

Bekanntmachung
für die
Arbeitgeber der Allgemeinen Ortskrankenkasse
Spandau.

Auf Grund der Verordnung über Befreiung der Grund-
lohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der
Krankenversicherung vom 1. April 1920 treten mit Wirkung
vom 26. April 1920 folgende Veränderungen in Kraft (Reichs-
gesetzbl. Nr. 65).

§ 19 Wstf. I und II
erhalten folgende Fassung:
I. Die baren Leistungen der Kasse werden nach einem
Grundlohn bemessen. Was folgend gilt der nach der vorstehenden
Lohnhöhe festgesetzte Beitrag der durchschnittliche Tagesentgelt
der Kassemitglieder bis 30 M. für den Arbeitstag.
Zur Festlegung des Grundlohnes werden die Mitglieder
in folgende Stufen eingeteilt:

1. Stufe	Ohne Entgelt beschäftigte Beihilfungs- mitgl. m. einem Arbeitsentgelt b. einfacl. 2 M.	A-Stufe
2. Stufe	4 „	1. Stufe
3. Stufe	6 „	2. Stufe
4. Stufe	8 „	3. Stufe
5. Stufe	10 „	4. Stufe
6. Stufe	12 „	5. Stufe
7. Stufe	15 „	6. Stufe
8. Stufe	18 „	7. Stufe
9. Stufe	21 „	8. Stufe
10. Stufe	24 „	9. Stufe
11. Stufe	27 „	10. Stufe
12. Stufe	über 27	11. Stufe

II. Hiernach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgelegt:
für die 1. Stufe einfacl. der A-Stufe auf 2 M.

1	2
2	4
3	6
4	8
5	10
6	12
7	15
8	18
9	21
10	24
11	27
12	30

§ 44 Wstf. I. 1. Teil
erhält folgende Fassung:
I. Die Ratenbeiträge werden auf 6 Proz. des in § 19 fest-
gesetzten Grundlohnes festgelegt. Sie betragen für den Arbeitstag:

1. Stufe	15
2. Stufe	24
3. Stufe	36
4. Stufe	48
5. Stufe	60
6. Stufe	72
7. Stufe	84
8. Stufe	108
9. Stufe	126
10. Stufe	144
11. Stufe	162
12. Stufe	180

Durch obengenannte Verordnung ist auch die Grenze der
Versicherungspflicht für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere
Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, nämlich, wenn diese
Beschäftigten ihren Hauptberuf bilden, Beschäftigten und
Beihilfungsmitgliedern in Apotheken, Bühnen- und
Operntheatern, sowie für Lehrer, Ärzte und Schiffe auf 20 000 M.
pro Jahr festgelegt.

Arbeitler, Gehilfen, Gefellen, Lehrlinge und Dienstboten
sind nach wie vor ohne Befreiung der Beitragspflicht der Ver-
sicherungspflicht.
Wir erlauben uns, auch die Herren Arbeitgeber, ununter-
schuldig, insbesondere aber bis zum 26. April händer bei ihnen be-
schäftigten Personen, soweit sie bisher versicherungspflichtig
waren, auf geziemende Weise aufmerksam zu machen, auf welchen Be-
tragsleistungen genau nach Namen, Geburtsort und -ort, sowie
dem Verdienste der Rolle mitzuteilen. Die Formulare
sind den Beihilfungsmitgliedern kostenlos zur Verfügung.
Auf Grund vorstehender Bestimmungen machen wir noch be-
sonders darauf aufmerksam, daß wir der Grundlohn halber die
Beiträge für April bis einschließlich 20. April berechnen werden,
da bis dahin die alten Sätze gelten, während wir für die Be-
rechnung der Tage vom 21. April nach den neuen Sätzen mit-
einrechnen werden.

Der Vorstand.
G. Richter, Vorsitzender. 253/12

Trotz des großen Preissturzes
zahle ich noch immer für
Kupfer 10,— **Messing 6,—**
Rotguss 7,— **Blei 3,—**
Aluminium 10,— **Nickel 18,—**
sowie Zinn und Quecksilber **Oderberger Str. 1.**
die höchsten Konkurrenzpreise

Verein der Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer.
Achtung! Achtung!
Vertrauensleute und Druckereikassierer!
Die Auszahlung der Stimmzettel zur Wahl von 25 Dele-
gierten zur 10. ordentlichen Generalversammlung des Ver-
bandes darf
nicht in den Druckereien erfolgen.
wie die Generalversammlung vom 14. April beschlossen hat,
sondern die Feststellung des Wahlergebnisses kann nur
durch die gewählte Kommission erfolgen.
Die 5. ordentliche Verbandsgeneralversammlung in
Dresden beschloß:
„Die Feststellung des Wahlergebnisses
nach Druckereien, Orten und Bezirken
ist unzulässig.“
Nach diesem Beschluß müssen wir uns richten.
Die Vertrauensleute werden daher ersucht, die Stimm-
zettel zu kurtieren und verschlossen mit der Aufschrift der
Firma und der Anzahl der abgegebenen Stimm-
zettel auf dem Bureau, Engelauer 14 l. abzuliefern oder
am Donnerstag, den 29. April, an die Kommission im Ge-
werkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 1, woselbst von
nachmittags 2 Uhr ab die Stimmzettel auszahlung statt-
findet.
Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahl-
reich an der Auszahlung zu beteiligen.
Die Kollegen derjenigen Firmen, zu denen der Kassen-
bote nicht kommt, werden ersucht, sich die Stimmzettel
von der Verwaltung abzuholen.
29/17 **Der Gewerkschaftsvorstand.**

Ein neuer Beruf
ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen ent-
setzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebens-
berufes beraubt sind. Allen, die umlernen müssen, empfehlen
wir daher, ungesäumt ihre Vorbereitung zu treffen, die All-
gemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzu-
holen, fehlende kaufmännische oder banktechnische Kennt-
nisse zu ergänzen, eine landwirtschaftliche Fachbildung zu er-
werben oder technisches und fachwissenschaftliches Können zu
vervollkommen. Verlangen Sie daher noch heute unsere
52 S. starke Broschüre R 84 über die Selbstunterrichts-
methode Rustin oder für technische und fachwissenschaft-
liche Bildung die 80 S. starke Broschüre K 98 über das
System Carnack-Hachfeld kostenlos und portofrei. Stand
und Beruf bitten wir anzugeben.
Bonneß & Hachfeld, Verlagsbuchhandlung, Potsdam.

Stellenangebote
I. Monteur
für Wasserflugzeuge,
der gleichzeitig erfahrener
Flugzeugführer
sein muß, für Hebersee gesucht.
Angebote unter D. 83 an die Hauptredaktion des
„Vorwärts“ erbeten.

Reisende, Agenten, Händler,
Kolporteurs, Hausierer usw.
für Schlagerartikel Groß-Berlin gesucht. 57/10
Tietzke & Bernhardt, W 37, Bienenstraße 4,
sonntags 9-11 Uhr melden.

Tüchtige Geldschrankflößer
als Solonnenführer sucht sofort
Panzer A. G.,
Berlin N 20. 57/11

Für Telefonapparat-Montage mit tüchtigen,
erfahrenen
Einrichter
gelehrter Mechaniker, per sofort gesucht.
Vorstellung zwischen 9 und 3 Uhr Betriebsbureau,
Hauptstr. 9, Hof, 3 Treppen.
Dr. Georg Seibt,
Fabrik elektrischer und mechanischer Apparate
Berlin-Schöneberg.

Reisende
verlangt **Allegorienlagen.**
Bergmannstr. 1, 1. Trepp.
Rechers tüchtiger
Langhobler
per sofort gesucht. 5507
Fritz Werner,
Wittgensteinallee,
Berlin-Karlshof.
Stenotypisten,
perfekt und vertrauenswürdig,
wird gesucht. 5502
Schiffstr. 10, unter G. 52 an
die Hauptred. d. Vorw. erbeten.

Weibliche Hausangestellte
finden kostenlos jede gewünschte
Stellung durch Arbeitsnachweise
der Stadt Berlin, Abteilung für
Hausangestellte, Bergmannstr. 13
(Naher Bahnhof Mitte), Ein-
hörnstr. 1 (am Potsdamerplatz),
Reppentstr. 1 (Naher Stralensee-
platz), Wollfenerplatz 5, Haupt-
str. 1 (am Kriminalgericht),
Friedrichstr. 113 (am Dramen-
burger Tor), Jägerstr. 11 (Unter-
grundbahnhof Friedrichstraße).
Beim Nr. 5-7. 125/5

Aufwärtinnen 125/157
guteempfohlene, für Privat und Bureau,
tüchtige Wasch- und Reinemachefrauen.
Arbeitsnachweis d. Stadt Berlin, Abt. I. Hausangestellte
Helle-Allee-Pf. 5, Mol. 1469 Vermittlung kostenlos. Größe 8-7

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Ge-
schäftsstellen 146/154
Jerusalemstr. 5/6, Prinzenstr. 31, Bärwald-
straße 42, Lanzstr. Platz 14/15, Steglitzer Str. 37,
Petersburger Platz 4, Grefenlagener Str. 22, Acker-
straße 174, Wuststr. 9, Markusstr. 36, Immanuel-
kirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48, - Char-
lottenberg, Segenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101,
Taugogener Str. 11, - Lichtenberg, Wartenberg-
straße 1, - Neukölln, Neckarstraße 2, Sieglitz-
straße 28/29, - Wilmersdorf, Gastener Str. 12, -
Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56, - Treptow,
Grenzweg, Kieholzstr. 412, - Falkenberg, Salz-
mann, Gartenstadtstraße 10 (für Alt-Glienicker)

Caillaux vor dem Urteil.

Die Verteidigungsrede.

Paris, 22. April. (W.) Die Plaidoyers im Caillaux-Prozess wurden gestern Abend beendet. Nachdem der Verteidiger Caillaux die juristische Unmöglichkeit dargelegt hatte, die vom Generalstaatsanwalt angeführten Artikel 77 und 79 des Strafgesetzbuches gegen Caillaux zur Anwendung zu bringen, weil es sowohl ein Einverständnis mit dem Feinde als einen Verrat aus Unvorsichtigkeit nicht gebe, nahm Caillaux selbst das Wort zu einer Verteidigungsrede, die nach dem „Matin“ auf die Zuhörer einen so starken Eindruck machte, daß die Tribunen in harten Beifall ausbrachen. Caillaux verteidigte in warmen Worten seine Politik von 1911 und lehnte die Behauptung ab, daß ein Politiker in Kriegszeiten nicht berechtigt sein sollte, eine andere Politik als die Regierungspolitik zu betreiben. Er habe die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges schon im Voraus erkannt. Niemand habe er Unterredungen mit dem Feinde gehabt und niemals daran gedacht, Frankreich von seinen Alliierten zu trennen. Auch heute wieder würde er seinem Lande demokratische Steuern auferlegen, um die Entwicklung einer Autokratie zu verhindern. Caillaux erklärte, er könne nicht glauben, daß im Senat der Republik die Gerechtigkeit nicht triumphieren werde, und schloß mit den Worten: Urteilen Sie mich ab.

Paris, 22. April. Der Oberste Gerichtshof (Senat) hat mit 213 gegen 28 Stimmen den Antrag des Generalstaatsanwalts, Caillaux auf Grund der Artikel 77 und 79 des Strafgesetzbuches zu verurteilen, zurückgewiesen. Der Oberste Gerichtshof prüft nunmehr, ob andere Artikel des Strafgesetzbuches gegen Caillaux angewendet werden können.

Generalstreik in Elsaß-Lothringen.

Frankfurt a. M., 22. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der angekündigte Streik in Elsaß-Lothringen ist ausgebrochen. Eisenbahnen, Post und Presse streiken aus. Alle Abgeordneten Lothringens haben sich mit Haddad, dem Direktor der „Lothringischen Volkzeitung“, der seine Sympathie für die Sache der streikenden Arbeiter erklärte und darauf in „Angelegenheiten“ kam, solidarisch erklärt. Der Vereinigung der einheimischen Lehrer, die sich auf die Seite der Streikenden stellte, wurde ein nachgefragter Empfang beim Generalkommissar verweigert. Die Direktoren der Werke lehnen Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab. Von 30 zu den Verhandlungen auf der Meiser-Präfektur geladenen Industriellen waren nur 7 erschienen.

Antibolschewistische Industriemitglieder.

Unter dieser Überschrift kritisierten wir in der Montag-Morgenausgabe des „Vorwärts“ einen Aufruf des Verbandes gegen den Bolschewismus. Wie uns der Geschäftsführer des Verbandes, Herr Dr. Lasker, an der Hand unvollständigen Materials mitteilt, geht diese Kritik von falschen Voraussetzungen aus. Der Verband ist nicht erst auf Grund des Rapp-Putsch, sondern schon im Dezember d. J. gegründet worden. Die namentlich aufgeführten Unterzeichner des Aufrufs haben diesen tatsächlich unterschrieben, wofür uns die Originalunterschriften vorgelegt worden sind. Der von uns glossierte Aufruf wurde Ende Februar verfaßt, gelangte aber infolge des Rapp-Putsch nicht zur Verbreitung, wurde vielmehr infolge der veränderten Situation durch einen anderen Aufruf ersetzt, der kräftige Worte der Verurteilung gegen die unverantwortliche Militärdiktatur findet und in seiner Tendenz zeigt, daß der Verband nicht wie andere antibolschewistische Vereinigungen die Aufklärungsarbeit über das Wesen des Bolschewismus in einseitig-reaktionärer Sinne leisten will. Insofern wird unsere Kritik hinfällig. — Nichtsdestoweniger bleibt natürlich unser sozialer Standpunkt bestehen, daß es jetzt in erster Linie den Kampf gegen die reaktionäre Butschgefahr gilt und das Augenmerk der Arbeiterschaft hierauf gerichtet sein muß.

Gewerkschaftskommission und Sicherheitspolizei.

Nach den zwischen der Regierung und den Arbeitervertretern getroffenen Vereinbarungen sollen bekanntlich organisierte Arbeiter in die Sicherheitswehr eingestellt werden, um diese zu einer republikanisch zuverlässigen Truppe umzugestalten. — Mit dem Stand dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Donnerstagabend eine Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vollmerhaus berichtete: Und ist zugefunden, daß wir in jede der vier Kommandostellen der Berliner Sicherheitswehr einen Vertreter der Gewerkschaften entsenden. Wir haben vier Personen dazu vorgeschlagen, aber der Polizeipräsident Richter hat, ohne mit den Gewerkschaften in Verbindung genommen zu haben, andere Leute auf diese Stellen gestellt und die von uns vorgeschlagenen sind ausgefallen. Dies Verhalten des Polizeipräsidenten trägt nicht zur Lebenskräftigung der Gewerkschaften bei. Etwa 2000 Personen haben sich zum Eintritt in die Sicherheitswehr bei uns gemeldet. Es sind aber nur 800 Stellen bei der Sicherheitswehr frei. Ich möchte 300 Personen zur Auswahl vorschlagen, aber es scheint, daß im Polizeipräsidenten Befürchtungen gegenüber der Gewerkschaften bestehen, und daß sozialistische Arbeiter nicht eingestellt werden. — Zur Säuberung der Reichswehr haben wir noch nichts unternehmen können. Dort steht

Die Reaktion wächst in voller Höhe.

Es werden immer noch Verbungen vorgenommen und Zeitfreiwillige eingestellt.

Fritz Schmidt führte aus: Und wurde gesagt, daß die Enterte die Aufstellung von Oriswehren nicht zuläßt. Die am Generalstreik beteiligten Gewerkschaften verlangen, daß ihre Vertreter direkt mit den Vertretern der Enterte verhandeln. Diese Forderung hat auch Franz Krüger bei den Verhandlungen mit großer Energie unterstützt. Darauf hat auch Minister Severing zugejagt, diese Forderung im Kabinett zu unterstützen. Er ist nicht eingängig, daß nur die Vertreter des auswärtigen Amtes mit der Enterte verhandeln. Wir wollen den Ententvertretern klarmachen, daß die Heeresstärke erst herabgesetzt werden kann, wenn vorher Oriswehren aufgestellt sind und die Reinigung der Sicherheitswehr gesichert ist. Wenn die Ententvertreter nicht zu Verhandlungen mit uns bereit sein sollten, dann werden wir uns auf einen Rotenwechsel, mit dem man die Angelegenheit zu erledigen glaubt, nicht einlassen. Wir wollen auch der Entente gegenüber als Arbeitervertreter auftreten.

Unser Verlangen, auch in den Disziplinarschüssen der Sicherheitspolizei vertreten zu sein, ist abgelehnt worden. Polizeipräsident Richter erklärte, er könne keine Rebenregierung

in diesen Fragen zulassen. Als wir dann verlangten, einen Vertreter der Gewerkschaften in das Warabureau der Sicherheitswehr

aufzunehmen, wurde auch das abgelehnt. — Wir wollen auch Einfluß auf die Verwaltung der Waffendepots haben. — Nachdem unsere Vertreter in den Kommandostellen der Sicherheitswehr nicht angenommen sind, haben wir keine Veranlassung, die Sache noch weiter mitzumachen. — Legien soll erklärt haben, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, stellen wir Arbeiterbataillone auf. Das ist auch unsere Meinung. — Ferner bemerkte der Redner, die von Gewerkschaftsvertretern hochschätzliche Auffassung der Sicherheitsmannschaften sei durch die Kommandostellen verhindert werden. — Daß immer noch von reaktionärer Seite betriebene Werksstellen für die Reichswehr bestehen, dafür gab der Redner ein Schreiben des Leiters des Berufsamt V an den Arbeitsnachweis der Länder vom 20. April bekannt.

Reier teilte mit, in Spandau habe die Arbeiterschaft die Aufstellung einer Sicherheitswehr soweit vorbereitet, daß sie jeden Augenblick erfolgen könnte, aber der Magistrat habe seine Zustimmung verweigert.

Rusch: Was Legien gesagt haben soll, das werden wir tun. Die neuen Herren in den leitenden Stellen haben nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft. Wir werden eine Kommission einsetzen, die sich an militärische Fachleute wenden soll, um aus denen, die sich für den Eintritt in die Sicherheitswehr bei uns gemeldet haben, Arbeiterbataillone zu formieren. Die Arbeiterschaft ist bereit,

die Republik zu schützen.

In der weiteren Aussprache wurden die entschiedensten Maßnahmen gegen alle reaktionären Modenschichten befürwortet, insbesondere auch die Aufstellung einer Arbeiterwehr, falls die Forderungen der Gewerkschaften hinsichtlich der Sicherheitswehr nicht erfüllt werden. Weiter wurde betont, die Aufstellung von Oriswehren müsse ebenso wie sie in Bayern durchgeführt sei, auch in Preußen möglich sein.

Folgende von Rusch namens des Ausschusses empfohlene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Das preukische Ministerium des Innern gab durch den Geheimrat v. Friedhof den Gewerkschaften die Zusicherung, Vertrauensleute der Gewerkschaften in die Gruppen und Kommandostellen der Sicherheitswehr einzutreten, um den reaktionären Einflüssen entgegenzuwirken und das Vertrauen zwischen Polizei und Bevölkerung herzustellen.“

Dieses Versprechen ist gebrochen.

Der Polizeipräsident von Berlin hat die Vorschläge der Gewerkschaften nicht berücksichtigt, vielmehr entgegen den gegebenen Zusicherungen die oben genannten Stellen eigenmächtig besetzt. Die Verantwortung für die Folgen absehend, fordern wir alle in die Sicherheitswehr eingetretene Gewerkschaftler auf, ihre Wünsche und Beschwerden namentlich der Gewerkschaftskommission Berlin und umgehend direkt zu übermitteln.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission wird beauftragt, den Bundespräsidenten Bericht zu erstatten.

Ferner wird eine Kommission zur Vorbereitung der Aufstellung der Oriswehr eingesetzt.

Hierauf erließ die Versammlung noch einige rein gewerkschaftliche Angelegenheiten. Beschlossen wurde, den Beitrag der Gewerkschaften für die Kommission auf 1 M. pro Mitglied und Jahr festzusetzen. Mitgeteilt wurde, daß an der

Arbeitsruhe am 1. Mai

auch die Straßenbahn teilnehmen werden, so daß der Betrieb der Straßenbahn ruht. Auch im übrigen soll die Arbeitsruhe so weit durchgeführt werden, daß nur die lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten werden.

Katuschke ersuchte die Arbeiterschaft, die Friseurgehilfen, die jetzt für die Sonntagsruhe kämpfen, dadurch zu unterstützen, daß sie die Friseurgeschäfte an Sonntagen nicht in Anspruch nehmen.

Begreiflich ist es, daß die Verteidiger Joachim Albrechts auf die Revision verzichtet haben. Aber was tut der Staatsanwalt?

Zeitungsverbot. Das Rappistenblatt „Ostpreukische Zeitung“ wurde durch den Reichs- und Staatskommissar wegen Nachdruck eines Auftrages von Dr. Heinrich Jigenstein, Hochverräter Herr Müller bis zum 5. Mai einschläglich verboten. — In der Bibel aber steht: „Du sollst dem Dohren, der da drischt, nicht das Maul verbinden.“

Stadtverordnetenversammlung.

Der erste Mai als städtischer Feiertag — Eine 200-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin.

Vorsteher Dr. Wehl gedenkt ehrend der großen Verdienste des verstorbenen Städtischen, früheren Stadtrats Max Weigert. Vor der Tagesordnung bringt Labendorff (Dem.) zur Sprache, daß die Einwohnerlichkeit der Karlstraße darüber in großer Erregung ist, daß auf dem Grundstück Nr. 12 in einem Schuppen große Mengen Benzin ganz frei lagern. Ein Magistratsmitglied sagt Ermittlungen zu.

Zu einem Bericht des Rechnungsausschusses bemerkt Ritter (Soz.): In diesem Bericht, und zwar im Jahresabschluss der Hauptbuchhaltung für 1917, sind unter „Verschiedenen Wohltätigkeitsfonds der Klasse 1“ aufgeführt „die regelmäßigen Beiträge Seiner Majestät des Kaisers“ und die „Geschenke Ihrer Majestät der Kaiserin“.

(Hört, hört! und Heiterkeit.) Das ist ja an sich eine sehr nette Sache; wir haben aber seit November 1918 keinen Kaiser und keine Kaiserin mehr, sondern sind eine Republik. Es ist sehr charakteristisch, wie in den Bureaus gearbeitet wird seitens der Beamten, für die die Vorgänge der letzten Zeit gar nicht zu existieren scheinen. Man hätte vom „früheren Kaiser“ usw. sprechen können. Den Bericht haben unsere Kollegen Löfer, Merion und Hermann Müller unterschrieben; die gehören nicht der Rechten an, sondern sind gute demokratische oder linksradikale Republikaner. Sie haben nicht gewußt, was sie taten! (Heiterkeit.)

Referent Löfer: Der Bericht war sehr eilig und hat uns nicht vorgelegt werden können, sonst hätten wir das wahrscheinlich moniert.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien: „Den Magistrat zu ersuchen, falls der 1. Mai nicht als Nationalfeiertag erklärt wird, am 1. Mai Sonntagsdienst für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter anzuordnen und in allen städtischen Schulen den Schulunterricht aussetzen.“

Frank (Soz.): Unser Antrag ist eingebracht in vollem Einverständnis mit der großen Mehrheit der städtischen Arbeiter und Angestellten und auch der Berliner Arbeiterschaft und der Berliner Bevölkerung überhaupt (Widerpruch rechts). Gleichviel, wie die Entscheidung über den in der Nationalversammlung eingebrachten Antrag ausfällt, wir treten auch hier für die

Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe

ein. In diesem Jahre wird in ganz Deutschland am 1. Mai ganz überwiegend Arbeitsruhe herrschen; der 1. Mai soll der Völkerverbrüderung der Völkerverbrüderung gewidmet sein. (Lachen rechts.) Mit Ihrem Votum beweisen Sie nur, daß die Kriegs-hypnose Sie noch beherrscht. Die Zeit ist hoffentlich nicht mehr fern, wo auch der letzte Widerspruch hier und in anderen Körper-schaften gegen die Völkerverbrüderung verstummt.

Letzin (Dem.): Erklärt sich die Nationalversammlung nicht für den allgemeinen Feiertag am 1. Mai, so müssen wir den Antrag ebenso ablehnen wie im Vorjahr. Für ein parteipoliti-

isches Symbol, für eine einseitige parteipoliti-sche Demonstration haben wir nichts übrig. Auch wirtschaftspolitische Erwägungen stehen entgegen.

Streiter (Soz. Vgg.) polemisiert in fast einhändigen Ausführungen unter immer härter und allgemeiner werdendem lärmenden Widerspruch der Mehrheit, die ihm das Durchdringen mit seiner Stimme immer schwerer macht, gegen den Antrag. Die vor-jährige Waffener sei überaus klug verlaufen; er (Redner) habe die Aufgabe mit den roten Haken dazu benutzt, um seinen Kindern einen gründlichen Einblick vor dem einzuflößen, was sich Sozialismus nenne. Die angebliche Völkerverbrüderung sei Völkerverhöhnung, siehe Frankfurt und das Saargebiet. Was für einen Inhalt wolle man diesmal der Waffener geben? (Zuruf: Das geht Sie gar nichts an! Stürmische Heiterkeit.) Statt der Freiheit sehe ich nur Knechtschaft, statt Gleichheit Feindschaft, statt Brüderlichkeit Überlichkeit. Von den städtischen Beamten und Angestellten würden hoffentlich am Sonnabend ein Fünftel ihre Schuldigkeit tun; man wolle sie hier lediglich zu einer Demonstration zwingen. Der letzte Berliner Generalstreik sei der elendeste aller Streiks gewesen. Unter einem gewöhnlichen Ausbeuter von Putzern (hinter denen Herr Streiter wahrheitsgemäß keine eigene geistige Arbeit verbarg, D. Red.) sucht er dann das Mißverhältnis aufzuzeigen, das zwischen dem Überwachen der Waffenerpostel und dem kümmerlichen Ergebnis der Waffener besteht.

Kraus (U. Soz.) tritt dem Vorredner mit Schärfe entgegen. Die Waffener sei ein von der Arbeiterschaft erkun-genes Recht. Dem Wortlaut des Antrages hätte sich sogar ein „Streiter“ anbequemen können.

Riedel (Z.): Ueber den Antrag viel Worte zu verlieren, verlohnt sich nicht, da wir uns gegenseitig doch nicht überzeugen werden. Wir lehnen den Antrag ab. Erst müssen die französischen Arbeiter Vernunft annehmen. Die Sozialdemokratie sollte davon absehen, die christlichen Feiertage zu sabotieren.

Cassel (Dem.): Die Kosten eines solchen Stadtfeiertages würden 2 Millionen übersteigen. Die Argumente des Herrn Streiter sind nicht die unseren.

Koch (Soz. Vgg.): Herr Streiter hat die Idee der Völkerverbrüderung auch keineswegs lächerlich machen wollen.

Leid (U. Soz.) erhält um 1/8 Uhr das Schlusswort. Auf das niedrige Niveau der Art der Diskussion dem Herrn Streiter zu folgen erklärt er sich unersüßlich. In eine „Vernehmung“ der katholischen Feiertage werde die Arbeiterschaft nicht. Nicht die Sozialdemokratie, sondern die Sippe des Herrn Koch habe die Völkerverbrüderung betrieben.

Der Antrag Wehl-Parsons wird gegen Demokratie und Rechte angenommen.

Die Vorlage wegen Aufnahme einer neuen

Anleihe von 200 Millionen Mark

wird acnehmigt.

Die Errichtung eines städtischen Kleingarten- und Siedlungsamts wird beschlossen, nachdem ein aus-schließender Antrag der Demokraten in der Minorität geblieben ist.

Ein zweiter gemeinsamer Antrag Barlow-Wehl will den Magistrat ersuchen, in Gemeinschaft mit der Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss von 15 Mitgliedern ein-zusetzen, der die Fälle untersucht, in denen städtische Beamte, Lehrer und Angestellte, besonders solche in leitenden Stellungen, für die Rapp- und Büttner-Regierung Partei er-griffen haben oder gar gegen verfassungstreue Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter vorgegangen sind. Solche Personen sind zur Verantwortung zu ziehen.

Herrmann (Soz.): Die Antwort auf den Wunsch von der Generalstreik, dem auch der Deutsche Beamtenbund beirat, der sich damit das Vertrauen der Bevölkerung wiederaerwinn, am 15. März hat der Magistrat eine Aufforderung an die Beamten-schaft erlassen, auch unter den veränderten Verhältnissen ihre Tätigkeit unverändert fortzusetzen. Die Beamten-schaft behauptet diesen Beschluß außerordentlich. Auch wir sind für den Weiterbetrieb lebenswichtiger Betriebe, aber der Begriff muß genau definiert werden. Es sind von Vorgesetzten Untergebene wegen Dienstverweigerung zur Verantwortung gezogen und es sind Strafen angedroht worden. Sollen die verfassungstreuen Beamten nicht geschützt, sollen jene Bedrohungen und Maßnahmen nicht geahndet werden?

Herbst (U. Soz.) macht einige Beamte namhaft, die gegen Angestellte und Arbeiter in der vom Antrag charakterisierten Weise vorgegangen sind. Seine Ausführungen hören ebenso wie die des Vorredners bei der Rechten auf lärmenden Widerspruch. — Nach einer weiteren Bemerkung des Redners habe auch Völkerverbrüderung den Streikbrechern Straflosigkeit in Aussicht gestellt.

Bürgermeister Dr. Reide: Die am dem Magistrats-Beschluß geübte Kritik ist nicht berechtigt. Die Fragen allgemeiner Politik gehören nicht vor die Gemeindebehörden. Tatsächlich wird sehr wenig und schlechter gearbeitet. (Große Unruhe.) Die Beamten mühten folgen, wenn der Magistrat sie zur Betätigung aufrief. Für Wasser, Licht, Elektrizität, Lebensmittel mühten wir sorgen. Ein

Erlass der Reichsregierung zum Generalstreik

erzitiert nicht: nur einige Minister haben ihren Namen dafür bezeugt. Unter Zweifel an der Eristenz des Erlasses war also berechtigt. Der Magistrat hat nur seine Pflicht getan, und die Beamten-schaft, die mit ganz verschwindenden Ausnahmen dem Rufe gefolgt ist, hat nicht Tadel, sondern unsern Dank verdient. Gegen pflichtwidriges Verhalten der Beamten ist nicht eingeschritten worden. (Widerpruch bei der Rechten.) Untersuchung gegen die Butschparteiangehörige ist natürlich zulässig, sie darf aber nicht zur Einmischungsmittel führen. Insofern ist der Antrag ablehnend. Die erwähnten Verhältnisse erscheinen durchaus übertrieben. Die Aufficht über die Beamten steht dem Magistrat an, die Formulierung des Antrages wäre daher für ihn unannehmbar; gegen die nach dem Antrage Cassel zu beschließende Einsetzung einer gemischten Deputa-tion haben wir nichts einzusetzen.

Die Antragsteller erklären sich mit dieser Aenderung einver-standen.

Dr. Salzhager (Z.) lehnt den Antrag ab. Unter dem Titel der Gerechtigkeit dürfe nicht Unrecht geübt werden.

Cassel: Wir sind dagegen, daß diejenigen, die nicht gearbeitet haben, nachträglich zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso-wenig aber dürfen solche verfolgt werden, die in lebenswichtigen Betrieben weiter arbeiten. Nur die Fälle der

Teilnahme an dem hochverräterischen Rapp-Unternehmen gehören vor das Forum.

Koch: Mit „Völkerverbrüderung“ werfen jetzt am meisten die um sich, die durch Godderrat an die Macht gekommen sind. Auf dem Reich-hof hat man 8 Arbeiter gemordet, 4 davon sind heute noch nicht wiedererlangt. So wirkt der sozialdemokratische Terror.

Weil (U. Soz.) stellt im Schlusswort fest, daß das Vor-gesetzte nicht im Einklang mit dem gestanden hat, was in den Rapp-Tagen auf dem Spiele stand. Auch über Herrn Koch und seine Stellungnahme in jenen Tagen und in einer Rede am vorigen Donnerstag werde noch weiteres verlauten. Von Ge-sinnungsschwäche sei keine Rede.

Bürgermeister Dr. Reide: Ich habe nur Beschlüsse des Ma-gistrats und der Personalkommission ausgeführt, auch bezüglich der Bezahlung der Streiklinge.

Koch: Ich habe am Donnerstag gerufen, wie ich auch heute wieder rufe:

„Fort mit der Republik!“

(Lachen bei der Mehrheit.) Der modifizierte Antrag Wehl-Parsons wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die übrigen Gegenstände werden abgelehnt. Nächsten Mitt-woch soll eine außerordentliche Sitzung stattfinden. Schluß nach 9 Uhr.

Ueberschüsse der Viehhandelsverbände.

Die Preussische Landesversammlung beriet am Donnerstag zunächst den Gesetzentwurf über Krüppelfürsorge.

Abg. Dr. Schmedding (Z.) äußert Bedenken gegen die Vorlage. — Abg. Zimmer-Vreslau (Soz.) stimmt zu und beantragt Ueberweisung an den Bevölkerungsausschuss. — Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Dieser wird in der Volkswohlfahrt leider viel zu langsam gearbeitet. (Zustimmung.) Wegen einer Verschleppung der Vorlage werden wir uns entschieden wehren. Menschen reparieren ist wichtiger als Straßen reparieren! (Beifall.) — Abg. Koch-Dehrhaußen (D. Nat.) lobt die christliche Liebestätigkeit für die Krüppelfürsorge. — Abg. Dr. Wehl (U. Soz.): Infolge der Kriegskrankheiten nimmt die Zahl der Krüppel ganz besonders zu. In der Fürsorge für sie dürfen Finanzfragen keine entscheidende Rolle spielen.

Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums: Die Initiative sozialer Wohlfahrtspflege hat das Reich. Die private Fürsorge hat Lichtiges geleistet und soll mit der staatlichen Hand in Hand arbeiten.

Die Vorlage geht an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Der Gesetzentwurf über die

Bestellung von Reichsratsmitgliedern

wird nach kurzer Debatte dem Verfassungsausschuss überwiesen. Es folgt die Beratung der Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der

Ueberschüsse der preussischen Viehhandelsverbände.

Sie haben insgesamt 110 380 000 M. ausgeteilt; davon rund 41 1/2 Millionen zur Förderung und zum Wiederaufbau der Viehzucht, über 5 Millionen zur Beschaffung von Futtermitteln, nahezu 10 Millionen zur Bekämpfung von Tierseuchen und Förderung der Viehversicherung, über 4 Millionen für Bodenverbesserungen, über 85 Millionen zur Förderung wissenschaftlicher Institute und Hochschulen und über 14 Millionen an Kommunalverbände für Schlacht- und Mästehausanlagen und zur Verbesserung der Fleisch- und Milchversorgung der Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke.

Abg. Sprenger (Z.): Es ist ein Skandal, daß Fleisch und Leder durch die Viehhandelsverbände verteuert werden; wir verlangen gründliche Beratung der Vorlage durch einen Sonderausschuss von 21 Mitgliedern.

Abg. v. d. Osten (Nat.): Die Ueberschüsse der Viehhandelsverbände betragen viele Millionen mehr als die in der Vorlage aufgeführten 110 Millionen. Darüber haben wir schon einmal vergeblich Klärung verlangt.

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.): Alle unsere Maßnahmen müssen darauf gerichtet sein, uns vom Zustande in der Lebensmittelversorgung möglichst unabhängig zu machen. Die Ueberschüsse der Viehhandelsverbände sollten der Verbilligung ausländischer Lebensmittel dienen.

Abg. Westermann (Dem.): Die Zwangswirtschaft sollte man aufheben; denn sie steht doch nur auf dem Papier. (Beifall rechts und bei den Demokraten.) Die Kriegsgesellschaften verdienen den Namen „Lebensmittelverteuerungsgesellschaften“. Die Ueberschüsse der Viehhandelsverbände müßten zur Verbilligung ausländischer Futtermittel und für landwirtschaftliche Forschungsinstitute verwandt werden.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Held (D. Sp.) und Klaußner (U. Soz.) der die Aufhebung der Zwangswirtschaft ablehnt, wird die Vorlage dem Hauptausschuss überwiesen.

Freitag, 12 Uhr: Kleine Anfragen, Gesetzentwurf Groß-Berlin. — Schluß 4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

400 000 Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes!

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat, wie die Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nummer 17 vom 24. April mitteilt, seine Mitgliederzahl auf 400 000 gesteigert. Das dritte Hunderttausend war im Juni 1919 erreicht; binnen zehn Monaten hat also der Verband seine Mitgliederzahl um 100 000 gesteigert. Nach dem stürmischen Aufschwung in der ersten Hälfte des vorigen Jahres hat eine Zeit langsamen, aber stetigen Wachstums eingesetzt, das immer noch anhält. Bemerkenswert ist die andauernde Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder, um so mehr, als gerade die Holzindustrie während des Krieges einen starken Zustrom weiblicher Arbeitskräfte hatte, die nach Kriegsende zum großen Teil die Betriebe wieder verlassen haben. Also trotz vermindertener Zahl der Beschäftigten ein starker Zustrom zur Organisation. Ende September 1918 zählte der Verband 20 863 weibliche Mitglieder; Ende März 1920 waren es 46 734. Auf die weiblichen Mitglieder entfallen etwa 12 Proz. der Gesamtmitgliederzahl.

Die Einheitsorganisation der Gastwirtsgehilfen.

Ein Sachkongress der gastwirtschaftlichen Angestellten, soweit sie durch ihre Organisationen auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, tritt am 27. April in Leipzig zusammen, nachdem in Folge

des Generalkongresses die Verhandlungen um eine Woche vertagt werden mußten. Der Sachkongress wird, wenn er die Erwartungen seiner Enderufer erfüllt, den Grundstein legen für die Schaffung einer Einheitsorganisation der gastwirtschaftlichen Angestellten, womit sich die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde angehörenden Organisationen zwar um zwei vermindern würde, dafür aber der bisherige Verband der Gastwirtsgehilfen, oder wie sonst der Einheitsverband der gastwirtschaftlichen Angestellten heißen wird, mit einer Mitgliederzahl von 100 000 und darüber wird antreten können.

Lohnbewegung der Transportarbeiter in der Textilbranche.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Textilbranche des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes nahm Stellung zu der Haltung der Arbeitgeber-Verbände zu den eingereichten Lohnforderungen. Der von der Versammlung an Stelle des als Sektionsleiter gewählten Kollegen Bolter neugewählte erste Branchenleiter Kollege Kuske, gab Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Die Mitteilung, daß die Unternehmer auf Grund des eingereichten Lohnantrages, der einen Lohnsatz von 250 M. für männliche Arbeitskräfte vorsieht, Verhandlungen ablehnen, löste eine minutenlange Entrüstung aus. Sämtliche Versammlungsteilnehmer forderten erneut die volle Erfüllung des eingereichten Lohnantrages, um wenigstens einigermaßen mit ihren Angehörigen in der jetzigen überaus schweren wirtschaftlichen Lage des Lebens fristen zu können.

Eine im Sinne dieser Ausführungen gebildete Entschiedenheit, in der die Versammelten sich verpflichten, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Anerkennung des Tarifes zu erzwingen, fand einstimmige Annahme.

Zur Streikbeendigung im Gastwirtsgetriebe.

Bei der am Donnerstag vormittag in sechs Versammlungen vorgenommenen Abstimmung über die neuen Lohnvereinbarungen im Gastwirtsgetriebe wurden für die Annahme der Bestimmungen 9285 Stimmen abgegeben, während 1281 Gastwirtsangestellte für die Fortführung des Streiks votierten. In zahlreichen Lokalen wurde die Arbeit sofort nach der Abstimmung aufgenommen; die allgemeine Aufnahme der Tätigkeit erfolgt heute.

Abschluß der Lohnbewegung der Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel.

Vor überfüllter Versammlung der Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen berichtete Vollmeier vom Transportarbeiterverband über die Lohnforderungen und Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband im Einzelhandel. Letztere haben sich nach stundenlangen Verhandlungen zur Zahlung folgender Lohnsätze pro Woche ab 1. April d. J. bereit erklärt: Weibliche Jugendliche 40 bis 100 M., Väterinnen und Fahrstuhlführerinnen 145 M., Heimgemach- und Toilettenfrauen 127,50 M., männliche Jugendliche 60 bis 150 M., Handelshilfsarbeiter über 20 Jahre 200 M. Nach einer längeren Aussprache wurden die Sätze anerkannt.

Zur Frage des 6-Uhr-Lohnschlusses war die Versammlung sich dahin einig, daß die Möglichkeit besteht, auch für die Sommermonate den 6-Uhr-Lohnschluß einzuführen. Es sollen Verhandlungen mit den in Frage kommenden Instanzen eingeleitet werden. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen beauftragen die Verbandsleitung, sofort mit dem Reichsarbeitsamt in Verhandlung zu treten betr. die Einführung des 6-Uhr-Lohnschlusses. Desgleichen wenden sich die Versammelten an das laufende Publikum um Unterstützung. Einläufe nicht nach 6 Uhr vorzunehmen.

Nach Vorschlag der Versammlung soll ferner über eine Beitragserhöhung, in der ersten Klasse von 2,50 M., welche von den Delegierten der Generalversammlung angenommen, in der nächsten Branchenversammlung Beschluß gefaßt werden.

Achtung, Fabrikarbeiter.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Chemischen Fabrik Roland, Reinickendorf, Eichhornstr. 20, sind wegen Nichtanerkennung des Tarifes für die chemische Industrie in den Streik getreten. Vor Arbeitsaufnahme in diesem Betrieb wird gewarnt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hauptstelle Groß-Berlin.

Abstimmung in den Brauereien Groß-Berlins.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der in den Brauereien in Frage kommenden Organisationen beschloffen am Mittwoch in einer Versammlung nach einem Bericht Hodapps vom Verband der Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter, das Lohnangebot der Unternehmer den Kollegen in den Betrieben durch eine geheime Urabstimmung zu unterbreiten. In der Hauptsache handelt es sich um das Tourenfahrpersonal. Während diese Arbeitergruppe wöchentlich 220 M. Lohn verlangt, wollen die Brauereien nur 190 M. geben. Es soll dem Fahrpersonal zwar 220 M. Einkommen pro Woche garantiert werden, jedoch soll dieser Lohn erst durch den Bierumsatz erzielt werden. Das Fahrpersonal ist der Meinung, daß angesichts der gewaltigen Bierpreiserhöhung, die die Brauereien vorgenommen haben, kein Vorteil aus den gewährten Provisionslöhnen zu erzielen ist, da voraussichtlich der Bierumsatz erheblich zurückgehen wird. Wesentlich zur Ablehnung des Angebotes trägt mit bei, daß die Unternehmer ihr Angebot davon abhängig machen, daß die Brauereiarbeiter in den nächsten drei Monaten überhaupt keine Forderungen mehr stellen. Mit Recht stehen die Vertrauensleute und Betriebsräte auf dem Standpunkt, daß sich angesichts der verwerflichen wirtschaftlichen Lage eine solche Zustimmung nicht geben läßt.

Die Abstimmung selbst soll heute in den zum Tarifgebiet gehörenden Brauereien und Biermälzereien vorgenommen werden.

Das Ergebnis soll in einer heute, Freitag, abends 7 Uhr, in den Jugendheimen, Rosenthaler Straße 86, stattfindenden Vertrauensmännerversammlung bekanntgegeben werden.

Sollten mindestens zwei Drittel für Ablehnung sein, dann ist das Angebot abgelehnt und würden dementsprechend die betreffenden Arbeiter in einen Streik eintreten.

Achtung, Bauarbeiter.

Wir weisen darauf hin, daß der Reichsverband für das deutsche Tiefbaugewerbe (Ortsgruppe Groß-Berlin) in der am 21. April stattgefundenen Versammlung der Tiefbauunternehmer nachträglich den in Hannover getroffenen Vereinbarungen zugestimmt hat. Danach ist vom 6. April für alle im Tiefbaugewerbe beschäftigten Gruppen eine Lohnerhöhung von 1,25 Mark pro Stunde zu zahlen. Die Nachzahlung hat am 24. April zu erfolgen. Sollten sich bei einzelnen Firmen wegen der Nachzahlung Schwierigkeiten ergeben, so sind diese sofort im Verbandsbureau zu melden.

Wir fordern unsere Kollegen hiermit auf, sich an den Sammlungen für die Opfer der Revolution recht regen zu beteiligen. Sammellisten sind erhältlich im Bureau des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zimmer 51.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Tariffbewegung in der chemischen Industrie.

Seit Anfang dieses Monats haben die Organisationen der Angestellten mit den Unternehmern der chemischen Industrie über den Abschluß eines Tarifes verhandelt. Nachdem sich die Parteien über einige Punkte, besonders über die Einteilung der Berufsgruppen verständigt hatten, scheiterte die Weiterberatung an der Gehaltsfrage. Das Angebot der Unternehmer blieb hinter den Forderungen der Angestellten sowie hinter den Erfordernissen der Teuerungsgesetz so weit zurück, daß eine Verständigung nicht möglich war und die Verhandlungen abgebrochen wurden.

Mit dieser Sachlage beschäftigte sich am Dienstag abend eine von der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände nach Altem Saal einberufene stark besuchte Versammlung der in der chemischen Industrie Angestellten. Der Referent Kasper schilderte den Verlauf der Verhandlungen und empfahl, vor der Anwendung von Kampfmaßnahmen alle Mittel der friedlichen Lösung zu versuchen und zunächst den Schlichtungsausschuss anzusprechen, was auch die Arbeitgeber getan haben. — Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten kaufmännischen und technischen Angestellten der chemischen Industrie Groß-Berlins nehmen von dem Gehaltsangebot des Arbeitgeberverbandes Kenntnis. In voller Einmütigkeit mit ihren Organisationen lehnen sie dieses als durchaus ungenügend ab und bedauern, daß die Arbeitgeber so wenig Verständnis für die wirtschaftliche Notlage der Angestellten bekunden. Sie fordern, daß für alle Angestellte ohne Unterschied des Geschlechts zeitgemäße Mindestgrundgehälter festgesetzt werden und lehnen eine unterschiedliche Behandlung der verheirateten und ledigen Angestellten grundsätzlich ab. Sie beauftragen ihre Organisationen, sofort wirksame Maßnahmen zu ergreifen, ihre durchgehend geröchelten Forderungen durchzusetzen, und bringen ihren geschlossenen Willen zum Ausdruck, bis zu deren Beseitigung alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden.“

Zentralverband der Angestellten. Hauptgruppe 12 (Sektion: Glas und Keramik) Versammlung am Freitag, den 23. April cr., 7 Uhr abends (Stellungnahme zu der Antwort der Arbeitgeber) „Neue Harmonie“, Köpenicker Str. 96/97.

Zur Kaufbeamtenbewegung im Reich wird der Allgemeine Verband der Deutschen Kaufbeamten in zwei großen öffentlichen Kaufangestelltenversammlungen Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr in der Brauerei Köpenicker Str. 96/97 und der Neuen Harmonie, Köpenicker Str. 96/97, Stellung nehmen. Referenten sind die Herren Marx, Scholz, Stolpe und Leismann.

Parteinachrichten.

Eine Konferenz der Parteifunktionäre für den Bezirk Hagen-Schwelm beschäftigte sich auch u. a. mit den Einigungsbestrebungen der beiden sozialistischen Parteien. Es wurde beschlossen, dem Parteivorstand der S. P. D. folgende Unterlagen zur Beurteilung der Stimmung im Unterbezirk als Material für die Verhandlungen, die ein Zusammengehen mit der U. S. P. in den kommenden Wahlen betreffen, zu unterbreiten.

Wir begrüßen eine Zusammenarbeit mit der U. S. P. D. bei den kommenden Wahlen vom Gesichtspunkt einer entschlossenen Stärkung der Macht der sozialistischen Hand- und Kopfarbeiter. In unserem Bezirk ist die U. S. P. D. von dem in Leipzig aufgestellten Aktionsprogramm offen abgegangen. Abgesehen aber von allen prinzipiellen und praktischen Gründen, die gegen ein Zusammengehen im Wahlkampf sprechen, glauben wir es ablehnen zu müssen, daß unsere Partei von neuem die U. S. P. direkt um gemeinsame Aktion angeht, noch viel weniger aber verbiete führende Genossen ebl. Bedingen der U. S. P. D. für das Zusammengehen opfert. Sollte die U. S. P. D. geneigt sein, ohne Zusammengehen den Kampf gegen uns wirklich zu unterlassen, so werden auch wir zu gleichem bereit sein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Nachts recht kühl, in den Tagesstunden etwas wärmer, zeitweise heiter, meist trocken, bei nächtigen nordöstlichen Winden.

Bericht für den Redaktion. Zell: Peter Müller, Charlottenburg; für Angeler: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Post-Einzel u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 61223 1 Blatt.

Moderne Damen-Bekleidung

Kleiderröcke in soliden Stoffen	79.- 96.- 105.-	Voilekleider in weiß	195.- 269.- 275.-
Straßenkleider in Wolle, aparte Formen und gute Stoffe	650.- 715.- 765.-	Covertcoat-Paletots in flotten Formen	275.- 359.- 395.- 415.- 465.-
Abendkleider in Wolle, elegante Formen, beste Stoffe	800.- 898.- 950.-	Seidenmäntel imprägniert, in verschiedenen Farben	365.- 495.- 575.-
Seidenkleider für Nachmittag und Abend	375.- 450.- 540.-	Voileblusen weiße, sehr preisw.	46.- Schoßbluse gepunktete Voile 63.-
Voilekleider verschiedenartig gemustert	136.- 145.- 174.-		

Ganz besonders mache ich auf meine Spezialabteilung für Kinderbekleidung aufmerksam ♦ Ständige Ausstellung der neuesten Modelle im I. Stock

Modehaus Friedländer ♦ Schöneberg Hauptstrasse 149